

SPARTAKIST



HERAUSGEGEBEN VON DER TROZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS

Nr. 46

MÄRZ 1983

DM 1,-

Nur Arbeiterrevolution verhindert NATO Holocaust!

Die amerikanische herrschende Klasse bereitet sich darauf vor, die Sowjetunion durch einen atomaren Erstschatz vom Erdboden verschwinden zu lassen. Der berühmte „Verteidigungsleitfaden 1984–88“ des Pentagon erklärt offen: „Pläne für den Ersteininsatz und mögliche weitere Einsätze taktischer Atomwaffen sollen entwickelt werden“ (*New York Post*, 17. Januar). Diese Pläne haben natürlich eine tiefgehende und weitverbreitete

sonders die 108 Pershing 2 in Westdeutschland, deren Flugzeit zu den großen sowjetischen Städten nur noch sechs Minuten beträgt. Das würde die Sowjetunion dazu zwingen, den Finger dicht am Abzug zu haben, um ihre Kapazität für ihren Vergeltungsschlag zu erhalten. Die Stationierung dieser Pershings und der kleinen, extrem zielgenauen Cruise Missiles bringt die Welt um einen großen Schritt näher an den atomaren

Andrej Gromyko besuchte im Januar Westdeutschland mit dem kaum verhüllten Versuch, den oppositionellen sozialdemokratischen „Friedens“kräften Unterstützung zukommen zu lassen. Der langjährige russische Außenminister sagte zu seinen deutschen Zuhörern: „Im nuklearen Zeitalter sitzen die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion, um es bildhaft auszudrücken, in einem Boot.“ Sogar feindliche Kommentatoren gaben zu, daß dieser Appell Gromykos an die Deutschen, ihr Schicksal nicht in die Hände der kriegslüsternden Reagan-Administration zu legen, einige Wirkung hatte.

Und kaum war der sowjetische Diplomat wieder in Moskau angekommen, eilte der französische sozialdemokratische Präsident François Mitterrand als NATO-Feuerwehrmann (oder, wenn man will, als Raketenmann) nach Bonn. Er warnte das Parlament vor dem „Abkoppeln vom europäischen und amerikanischen Kontinent“. Es war wohl das erste Mal in der modernen Geschichte, daß ein französischer Führer die Deutschen als zu pazifistisch denunzierte! Und dann wurde George Bush auf eine, wie er es selbst nannte, „Public-Relations-Tour“ nach Westdeutschland geschickt, um Reagans harte Linie zu verkaufen und die Christdemokraten aufzupäppeln. Aber wie die Wahlen am 6. März auch ausgehen, das Wiederaufleben

des deutschen Nationalismus – der sich bis jetzt hauptsächlich in „linker“ pazifistischer Form ausdrückt – wird weiterhin globale politische Zusammenhänge erschüttern.

Zur Zeit geht ein Witz um in Europa: „Was ist eine taktische Atomwaffe? Eine, die in Deutschland hochgeht.“ Millionen Europäer, die noch die Narben von zwei Weltkriegen spüren, sind entsetzt darüber, daß das Pentagon einen atomaren dritten Weltkrieg auf europäischem Boden austragen will. Und das Pentagon hat Pläne für ein atomares Schlachtfeld Deutschland. Die deutsche Bevölkerung weiß das, und diese Vorstellung erfüllt sie verständlicherweise mit Schrecken. Aber die Annahme, daß ein Krieg zwischen NATO und Warschauer Pakt tatsächlich auf den europäischen Kontinent beschränkt werden könnte, ist ein Ausdruck für den Rationalismus eines kranken Gehirns à la Dr. Seltsam.

Die Vorstellungen eines Dr. Seltsam über den atomaren Krieg kommen jedoch nicht nur von den Denkstrategen des Pentagon. Die europazifistische Vision, daß die „Supermächte“ mit Interkontinentalraketen einen Krieg über ihre Köpfe hinweg führen, ist noch phantastischer – wenn das überhaupt möglich ist – als das Szenario eines „begrenzten“ atomaren Krieges in Europa. Die auch von den Stalinisten und der Linken propa-

Fortgesetzt auf Seite 9

„Im deutschen Interesse“: „linker“ Nationalismus für Vaterland und Deutsche Bank

Furcht vor einem Atomkrieg in Europa hervorgerufen. Um die öffentliche Meinung in Westeuropa zu besänftigen, rückte Ronald Reagan mit seinem zynischen „Abrüstungs“-Vorschlag heraus, der sogenannten „Nulllösung“. Darin wird die Sowjetunion dazu aufgefordert, *einseitig alle* Mittelstreckenraketen abzubauen, wofür im Austausch *nicht eine* NATO-Rakete abgebaut werden soll. Es ist nicht überraschend, daß die Sowjets antworteten: „Atomare Selbstauslieferung, nein danke!“

Die Frontlinie der amerikanischen Nuklearoffensive ist der NATO-Plan, in diesem Jahr neue sogenannte „Theater“-Nuklearwaffen in Westeuropa zu stationieren – be-

Holocaust heran.

Die begründete Furcht, daß das Pentagon ihre Länder in eine Abschußrampe für den dritten Weltkrieg umfunktionieren will, hat in Westeuropa und besonders in Westdeutschland eine starke – ebenso pazifistische wie nationalistische – Reaktion hervorgerufen. Umfragen zeigen, daß eine Mehrheit der Anhänger *aller* westdeutschen Parteien, einschließlich der konservativen Regierungspartei CDU, gegen die geplante Stationierung der Pershings ist.

Aus diesem Grund sind die Bundestagswahlen am 6. März zu einem internationalen Schlachtfeld des zweiten Kalten Krieges geworden. Der sowjetische Außenminister

Für militärische Verteidigung von DDR/Sowjetunion!

Trotzkisten zum 30. Januar 1933

„Was wir hier brauchen, ist ein Kampf Klasse gegen Klasse!“

Nachfolgend drucken wir redigierte, aus Platzgründen stark gekürzte Auszüge aus dem Referat des Genossen Fred Petersen, Mitglied des ZK der TLD, ab, das er am 1. Februar auf unserer Frankfurter Veranstaltung „Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung erschüttert Washington: Wir stoppten den Ku Klux Klan!“ (siehe auch Artikel auf Seite 12) hielt.

Westdeutschland, das drittstärkste imperialistische Land, ist dabei, mit den Muskeln zu spielen, sich darauf vorzubereiten, dort wo die Märkte immer enger werden, einen Krieg um die Weltherrschaft zu führen. Es hat gegenwärtig Differenzen mit dem US-Imperialismus darüber, (wann, wie und) wo dieser Krieg stattfinden soll. Und in diesem Land, in dem der Nationalismus wächst, nachdem die Zeiten der Kollektivschuld – daß wir alle für die Nazi-Verbrechen die Verantwortung tragen – vorbei sind, kann man den Druck der Bourgeoisie auf die Linke sehen. Diese Demonstrationen, die hier am 29. Januar stattfanden, haben uns allerdings einen Eindruck davon gegeben. Sie hatten nicht die Absicht, wirklich etwas gegen die Faschisten zu unternehmen, waren nicht einmal beschützt gegen Faschisten – wie hier in Frankfurt, wo solche Skinhead-Punker DKP-Plakate zerreißen und DKP-Genossen überfallen konnten. Diese Demonstration sollte lediglich dazu dienen, der antisowjetischen Volksfront von SPD, „Friedens“bewegung und Grünen bei den nächsten Wahlen hochzuhelfen. Das hatte nichts zu tun mit einer unabhängigen Mobilisierung der Arbeiterklasse.

Was wir hier brauchen, ist ein Kampf, wie wir ihn im Videofilm über die Aktion gegen den Ku Klux Klan in Washington gesehen haben. Die Bedingung dafür ist der Kampf für den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei, die hier in den Gewerkschaften und Betrieben verankert ist, eine Partei, die integriert ist aus Arbeitern deutschen Ursprungs und Arbeitern, die in anderen Ländern gebo-



TLD-Block am 11. September 1982 auf der zentralen Türkei-Demonstration in Frankfurt

ren sind und hier arbeiten. Notwendig ist der Kampf Klasse gegen Klasse. Was wir hier bei den Demonstrationen in Erinnerung an den 50. Jahrestag von Hitlers Machteroberung gesehen haben, war Propaganda für Klassenzusammenarbeit. „Wir kennen keine Klassen mehr, wir müssen uns nur alle zusammenschließen und unsere Demokratie verteidigen, damit die Nazis nicht hierher kommen, und der Hauptfeind ist sowieso der Reagan mit seinen Atombomben.“ Und was ist diese Republik hier? Das ist ein dreckiges imperialistisches Land, in dem die ausländischen Arbeiter

herausgeschmissen werden, in dem die Frauen heim in die Küche und an den Herd sollen, in dem wieder Juden von Faschisten ermordet werden, in dem diese Mörder frei herumlaufen. Und zwar deshalb, weil sich hier nicht viel verändert hat, weder von Weimar bis zum Dritten Reich, noch bis heute; es ist das gleiche dreckige kapitalistische System, das darauf basiert, Massenarbeitslosigkeit hervorzu- bringen und einen neuen Krieg. Die imperialistischen Räuberbanden prüfen sich darum, die Welt wieder zu erobern, und sie haben alle ein gemeinsames Ziel, die Sowjetunion und den Sowjetblock wiederzuerobert, damit die ostdeutschen und polnischen Arbeiter wieder die Sklaven der Kapitalisten werden; und sie streiten sich darum, Sklaven von welchen Imperialisten, den amerikanischen oder den deutschen.

Wir brauchen hier Aktionen wie die in Washington. Der Kampf fängt an bei der Verteidigung der Arbeiterorganisationen gegen die Rassisten und Faschisten, gegen die Kapitalisten. Das ist notwendig, nicht, wie die Marxistische Gruppe uns sagt, daß irgendwann einmal eine Revolution kommt und alles ist sowieso für den Staat. Notwendig ist der Aufbau von gewerkschaftlichen Selbstverteidigungsgruppen, von Aktionen, die auf den Kämpfen der Arbeiterklasse aufbauen, um die Faschisten zu verjagen, die heute noch kleine Banden sind. Es wäre eine Leich-

tigkeit für die westdeutsche Arbeiterklasse mit über sieben Millionen Gewerkschaftsmitgliedern, damit Schluß zu machen. Und warum wird damit nicht Schluß gemacht? Die Antwort ist die gleiche wie auf die Frage, „Warum konnten die Faschisten 1933 die Macht erobern?“ Antwort Nr. 1 ist, daß die Sozialdemokratie, die die Partei der bürgerlichen Ordnung ist, diese mit den gleichen Schocktruppen, nämlich mit den Freikorps, mit dem Kern der späteren NSDAP, gegen die proletarische Revolution 1918/19 verteidigt hat. Die, die das Blutbad beim sogenannten Spartakusaufstand angestellt haben, die die Münchener Räterepublik niedergemacht haben – sie wurden vom SPD-Führer Noske aufgebaut. So haben die Sozialdemokraten mit ihrer Verteidigung des kapitalistischen Systems die grundlegende Arbeit dafür geleistet, daß die Faschisten die Macht erobern konnten, indem sie Hindenburg als Alternative zu Hitler aufgebaut und den Arbeitern gepredigt haben: wenn ihr nur mit der Bourgeoisie, mit Hindenburg, mit Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gemeinsam ein Bündnis macht, wenn ihr euch davon zurückhaltet, für eure eigenen Interessen zu kämpfen, dann könnten wir verhindern, daß die Faschisten an die Macht kommen.

Was der Arbeiterklasse gefehlt hat, war eine Führung mit einem revolutionären Programm, um die Faschisten durch die Arbeiterfront zu zerschlagen. Diese hätte den sozialdemokratischen Arbeiterverrätern aufgezwungen werden müssen, denn die sozialdemokratischen Arbeiter wollten sich gegen die faschistischen Angriffe verteidigen. Es hat eine Partei gegeben in Deutschland, die Kommunistische Partei Deutschlands, die mit dem Anspruch gegründet worden ist, das Erbe der Oktoberrevolution zu verteidigen. Und diese Partei hat allerdings den Kampf der kommunistischen Arbeiter verraten, kampflös vor den Nazis kapituliert. Die Sozialdemokraten seien der Hauptfeind, erst müsse man die Sozialdemokraten schlagen, dann könne man sich der Nazis annehmen. Was die KPD gemacht hat, war der Versuch, den Nationalsozialisten mit einem nationalistischen Programm den Rang abzurenennen, nämlich der Befreiung Deutschlands vom Versailler Vertrag, mit der Perspektive des Nationalkommunismus.

Fortgesetzt auf Seite 10

Wie bekämpft die MG den Faschismus?

...Überhaupt nicht!

Wir veröffentlichen nachstehend Auszüge aus Redebeiträgen des Genossen Andreas Heller auf der Frankfurter MG-Veranstaltung „Die BRD und das 3. Reich – ein Leistungsvergleich“ am 26. Januar, wo der antikommunistische Maulkorberlaß der „Marxistischen“ Gruppe – Rede- und Redeverbot für die TLD auf allen MG-Veranstaltungen – ohne Erklärung aufgehoben wurde, während die MG ihre „öffentlichen“ Parallelveranstaltungen in Hamburg und Westberlin mit Hilfe von Ordnerketten und herbeigerufenem Hausmeister gegen trotzkistische Propaganda zu schützen suchte.

In eurem Flugblatt habt ihr geschrieben, daß der Faschismus überflüssig gemacht worden, also die Demokratie viel schlimmer ist. So eine Argumentation hat es schon einmal gegeben, nämlich von Thälmann und der KPD, als sie 1931/32 gesagt haben, die SPD und der ADGB sind viel schlimmer als Hitler. Der Hitler ist gar nicht die Gefahr, es geht darum, gegen die Sozialfaschisten zu kämpfen. Diese Politik hat dann dazu geführt, daß Hitler und Konsorten an die Macht gekommen sind, daß den Organisationen der deutschen Arbeiterklasse ohne einen Kampf das Genick gebrochen worden ist, die ein

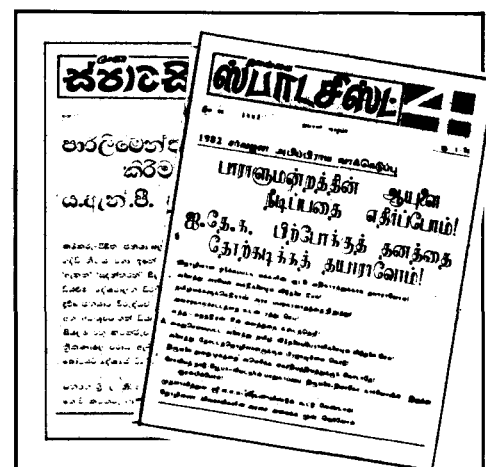
wahnsinniges Potential gewesen sind für eine proletarische Revolution und das Hinwegfegen von ganz Weimar und Hitler, nicht nur in Deutschland, sondern auch in ganz Europa. Das war kein Fehler, wie die DKP heute erzählt, sondern eine katastrophale Niederlage für die Arbeiterklasse weltweit.

Die MG macht praktisch eine Politik, die Arme zu verschränken und eben keine Aktionen zu machen. Ihr seht nicht, daß die Angriffe der Kapitalisten eine Frage der Verteidigung von Minderheiten ist, der Juden damals oder der Türken heute und generell der Ausländer und auch eine Frage der Verteidigung der Arbeiterorganisationen, also auch des DGB gegen Angriffe der Faschisten, der Banden der Bourgeoisie – genauso wie wir die Errungenschaften der Arbeiterklasse in der Sowjetunion und der DDR gegen die Angriffe des Imperialismus verteidigen, weil es Errungenschaften sind, die der Kapitalismus sich zurückholen will. Deshalb hat für uns die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands überhaupt nichts mit Nationalismus zu tun; im Gegenteil, das ist eine Politik, die Arbeiterklasse weltweit und in Europa an die Macht zu bringen, um jeglichen Nationalismus, Chauvinismus und die Wiederer-

oberung der „Ostgebiete“ durch den Imperialismus zu bekämpfen. Und das ist die Politik, mit der wir hier eine Arbeiterpartei aufbauen werden, eine Arbeitermassenpartei, die allerdings gegen jegliche Formen der Herrschaft der Bourgeoisie kämpfen wird.

Und es waren die Trotzkisten, die 5000 mobilisiert haben. (Zwischenruf von der MG: „Geh doch nach USA!“) Daß der Ku Klux Klan in den USA marschieren will, ist eine Reflexion von Reagans antisowjetischem Kriegskurs. Reagan sagt, die Sowjetunion ist der Hauptfeind, genauso wie hier in Deutschland. Daß aber der KKK und der Kühnen in den USA bzw. hier in Westdeutschland marschieren können, aber in Moskau oder in Ostberlin nicht, das ist die entscheidende Frage.

In diesen Ländern existiert der Kapitalismus und alle seine Übel nicht. Deshalb verteidigen wir diese Staaten gegen den Imperialismus, aber wir bekämpfen auch die stalinistische Bürokratie, um diese Errungenschaften auszudehnen. Denn allerdings hat 1917 die Oktoberrevolution diese Pogromisten und Schwarzhundertschaften hinausgeworfen und zerstört. ■



Lanka Spartacist Nr. 5 (auf singhalesisch)

Illangai Spartacist Nr. 2 (auf tamilisch)

10 Rs./2,50 DM

Zu beziehen über: Spartacist League/Lanka 33 Canal Row Colombo 01 Sri Lanka oder: Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt Postscheckkonto Ffm 119 88 – 601 (Verlag Avantgarde GmbH)

Klaus Barbie: Von der Gestapo zum CIA/BND

Rächt die Opfer des Schlächters von Lyon!

In Westdeutschland wurde die Auslieferung des Nazi-Massenmörders Klaus Barbie an Frankreich mit Häme und Erleichterung vermerkt – wenn Barbie schon ausgeliefert werden muß, dann wenigstens nicht in die Bundesrepublik, wo durch eine weitere Aufdeckung der Verbrechen Barbies nur erneut deutlich würde, daß die deutsche Bourgeoisie die Verantwortung für den barbarischen Nazi-Holocaust trägt. So geht es in erster Linie französischen Kollaborateuren an den Kragen. Ein Sprecher des Bundesjustizministeriums erklärte: „Wenn die Franzosen den gesamten Komplex behandeln, haben wir keinen Strafanspruch mehr“ (*Der Spiegel*, 14. Februar).

Die westdeutsche Klassenjustiz hatte nie die Absicht, Barbie und seinesgleichen wirklich zur Rechenschaft zu ziehen – beherbergt sie doch selbst noch etliche Nazi-Schergen in ihren eigenen Reihen. *Der Schlächter von Lyon ist einer der Ihren*. Staatsanwalt Wolfgang Rabl stellte 1971 das Verfahren gegen den Kriegsverbrecher Barbie mit der Begründung ein, die Folterungen, Erschießungen und Deportationen zahlloser Juden und Widerstandskämpfer in Konzentrationslager durch Barbie seien „nicht zu beweisen“.

Jetzt, nach der Auslieferung, kommt ans Tageslicht, daß Barbie nach 1945 nicht nur von der CIA angeheuert wurde, sondern „in Bolivien eine getarnte Tätigkeit im Auftrag des ... deutschen Nachrichtendienst“ ausübte, „und zwar für den Bundesnachrichtendienst“ (Geheime Verschlusssache des französischen Armeeministeriums vom 7. Februar 1963, zitiert nach *die tageszeitung*, 18. Februar). In westdeutschen Diensten unterwies der ehemalige Gestapochof von Lyon den bolivianischen Geheimdienst in den berühmten Folterpraktiken der Nazis. „General Reinhard Gehlen (ließ) in den fünfziger Jahren mit Rückendeckung von Adenauers Staatssekretär Hans Globke (CDU) Ehemalige aus Gestapo und dem SS-Sicherheits-



Minsk, 1941: SS-Einsatzkommando exekutiert antifaschistische Partisanen. Bjelorussische Nazis massakrierten mehr als 200 000

dienst (SD) in seiner Behörde untertauchen“, zu BND-Agenten zählten unter anderem Emil Augsburg, „SS-Sturmbannführer und leitender Mitarbeiter des Wannsee-Instituts, wo die ‚Endlösung‘ der Judenfrage vorbereitet wurde“, der SS-Oberführer Friedrich Panzinger, „der als Einsatzgruppenleiter in den besetzten Ostgebieten an den Mordaktionen mit mobilen ‚Gaswagen‘ mitwirkte ... und der ‚Gaswagen‘-Spezialist SS-Standartenführer Walter Rauff, der seit 1958 in Chile lebt“ (*stern*, 17. Februar) und beim Pinochet-Putsch 1973 maßgeblich an der Folterung hunderter Junta-Gegner beteiligt war. Die „entnazifizierte“ deutsche Bourgeoisie hat auch heute noch Verwendung für ihre faschistischen Bluthunde.

Als die italienische Staatsanwaltschaft im Herbst letzten Jahres die Auslieferung von Joachim Fiebelkorn verlangte, den sie der

Beteiligung an dem faschistischen Massaker von Bologna 1980 beschuldigte, verhaftete ihn die westdeutsche Justiz ... nur um den Nazi und offensichtlichen V-Mann des Bundeskriminalamts „mangels Beweisen“ wieder laufen zu lassen. Als der italienische Untersuchungsrichter davon erfuhr, sagte er wütend: „Ich habe zehn Monate gebraucht, bis ich die Anklage erheben konnte. Die Deutschen brauchen zehn Minuten, sie fallenzulassen“ (*stern*, 23. September 1982).

Es spricht Bände über die Schamlosigkeit – und das Traditionsbewußtsein – der deutschen Bourgeoisie, daß der Bundestag am 14. Dezember die Freilassung von Rudolf Hess und aller anderen inhaftierten Nazi-Kriegsverbrecher forderte. Die jahrelange Kampagne zur Freilassung des ehemaligen „Stellvertreters des Führers“ scheidet allerdings bis heute am hartnäckigen Veto der UdSSR –



Klaus Barbie: Schlächter von Lyon

die Sowjets wissen, was der Kampf gegen den Faschismus mit zwanzig Millionen toten Sowjetbürgern bedeutet hat.

Den folgenden Artikel übernehmen wir aus *Workers Vanguard* Nr. 324, 25. Februar, der Zeitung unserer amerikanischen Genossen der Spartacist League.

40 Jahre warteten sie und erinnerten sich. Die Überlebenden und Familien der Opfer des Nazi-Kriegsverbrechers Klaus Barbie mußten verdammt lange warten, um einfache Gerechtigkeit zu bekommen. 40 Jahre mußten sie auf die Rache an dem Massenmörder und Folterer warten, der als Kopf der Gestapo in Lyon zwischen 1942 und 1944 für die Ermordung von mehr als 4000 Menschen verantwortlich ist, 8000 in Hitlers Todeslager mit ihrem unbeschreiblichen Grauen schickte

Fortgesetzt auf Seite 4

Zerschlagt den Terror gegen Tamilen in Sri Lanka!

Frankfurt, 19. Dezember – „Zerschlagt den antitamilischen Terror!“, „Sofortige Freilassung von Kuttimani und Jeganathan!“ riefen etwa 100 Demonstranten. Sie protestierten gegen die letzte Terrorwelle gegen die tamilische Minderheit in Sri Lanka und forderten die Freilassung von zwei jungen tamilischen Aktivisten, die unter Polizeifolter zu „Geständnissen“ gezwungen, zu „Terroristen“ erklärt und zum Tode verurteilt wurden. Das von Reagan und Kohl unterstützte blutige singhalesisch-chauvinistische Regime von J. R. Jayewardene, der sich mit Hilfe des drakonischen Prevention of Terrorism Act (Gesetz zur Verhinderung von Terrorismus) und einem permanenten Ausnahmezustand an der Macht hält, ließ Dutzende von anderen tamilischen Militanten verhaften oder „verschwinden“. Linke Zeitungen werden verboten und unterdrückt.

Nachdem Jayewardene bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober als Sieger hervorging, fand diese neue Terrorwelle kurz vor einem Referendum statt, dessen Ergebnis Parlamentswahlen bis 1989 verhindern und die Herrschaft des starken Mannes und seine vom Internationalen Währungsfonds diktierte Austeritätsregierung konsolidieren soll. Unsere Genossen von der Spartacist League/Lanka erklärten zu den Wahlen: „Keiner der Kandidaten ist euer Vertreter“. Sie verteidigten aktiv das Recht der militanten tamilischen Gruppen, im Norden Sri Lankas einen Boykott gegen Jayewardenes Terror zu organisieren. Als einzige Organisation griff die SL/L „die Bereitschaft der sogenannten



linken Führer, ungeachtet der wirklichen Bedürfnisse der Arbeiter und unterdrückten Massen, Koalitionen zu bilden“ an und warnte vor den blutigen Illusionen in Volksfrontpolitik. (siehe dazu *Workers Vanguard* Nr. 322, 28. Januar, „Oppose Strong-Man Rule in Sri Lanka!“)

Auf der von tamilischen Exilgruppen organisierten Demonstration in Frankfurt forderten wir auf Plakaten: „Für das Recht der Tamilen auf Selbstbestimmung!“, „Für eine singhalesisch/tamilische Arbeiter- und Bauernregierung!“ Das Spartacist-Plakat auf tamilisch (siehe Foto) lautete: „Tamilische Arbeiter sind der Schlüssel zur Revolution in Indien und Lanka“. Außerdem rief der TLD-Block Losungen wie: „Politisches Asyl für Tamilen! Keine Abschiebungen!“, „US-Imperialisten: Hände weg von Diego Garcia/Trincomalee! Verteidigt Vietnam und Sowjetunion!“ und „Arbeiter – singhalesisch und tamilisch, Männer und Frauen – Baut die bolschewistische Partei auf!“ Der Verkauf unserer Zeitungen war sehr erfolgreich. Mehr als die Hälfte der Demonstrationsteilnehmer hatte Interesse an unserer Presse. Viele von ihnen erinnerten sich an die von der TLD im Juli 1981 initiierte Aktion gegen die Abschiebung von Tamilen in Westberlin. Besonders große Beachtung fand die erste Ausgabe von *Elangai Spartacist*, der tamilischsprachigen Zeitung der Spartacist League/Lanka, und der englischsprachige *Spartacist* Nr. 31/32 mit der Fusionserklärung zwischen den Genossen aus Lanka und der internationalen Spartacist Tendenz.

Barbie . . .

Fortsetzung von Seite 3

und Tausende mehr verhaftete und folterte: Juden, Mitglieder der französischen Widerstandsbewegung und andere Gegner des Dritten Reiches und seiner Kollaborateure in Vichy.

Sie warteten 40 Jahre, um den SS-Obersturmbannführer in ihre Finger zu kriegen, bekannt als der „Schlächter von Lyon“, der



1945, Einmarsch der Roten Armee in Österreich. 20 Millionen sowjetische Arbeiter und Bauern ließen ihr Leben, um den Ansturm des deutschen Faschismus zurückzuschlagen

Sadist mit der Lederpeitsche, der die stundenlangen Folterungen durchführte, an die sie sich so gut erinnern: Prügel mit Totschlägern bis zur Bewußtlosigkeit, in Eiswasser getaucht wieder zu Bewußtsein gebracht, wieder geschlagen, mit Rasierklingen zerschnitten, Benzin auf die Wunden gegossen, was zu Entzündungen und Schmerzen führte, Säure in die Blase injiziert. Sie erinnern sich an Widerstandskämpfer, die hinter Autos hergezogen wurden, an den Tod durch Fleischerhaken. Sie erinnern sich an Häuser, die mit ihren Bewohnern niedergebrannt wurden. Und sie erinnern sich an den 6. April 1944, als Barbies Männer mit französischer Hilfe in dem Dorf Izieu alle 41 Kinder eines jüdischen Waisenhauses im Alter von drei bis dreizehn auf einen Lastwagen stapelten und sie schreiend vor Angst in die Gasöfen von Auschwitz schickten.

Barbie ist jetzt, 69 Jahre alt, aus Bolivien ausgewiesen worden. Er kam am 6. Februar in Frankreich an, sitzt im Gefängnis in Montluc (seinem Folterzentrum in Lyon) und steht wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ unter Anklage. Aber warum mußten seine Opfer und alle Gegner der faschistischen Barbarei warten? Warum lebte Klaus Barbie – der bekannteste Nazi-Kriegsverbrecher von denen, die in Frankreich ihr blutiges Handwerk betrieben – seit dem Ende des Krieges gemächlich weiter und setzte seine faschistischen Aktivitäten in Südamerika fort?

Der Grund dafür ist, daß Barbie zusammen mit Tausenden von Nazis als „Freiheitskämpfer“ von der amerikanischen Kalten-Kriegs-Maschinerie angeworben wurde. Daher ist Barbie nur einer – und nicht einmal der schlimmste – aus einer großen Anzahl von Nazis, die von dem antisowjetischen Kreuzzug leben, der immer wieder sein blutbeflecktes Banner der „Menschenrechte“ hochhält. Weil Klaus Barbie ein weiterer

„Menschenrechts“-Nazi ist, stecken die imperialistischen Bourgeoisien in einer unangenehmen Klemme. Wieder wird das Nazi-Netzwerk der CIA bloßgelegt, die weitverbreitete Kollaboration der französischen Bourgeoisie mit den Nazis und die barbarischen Ziele des Imperialismus von Bonn bis La Paz.

Wer ist Klaus Barbie?

Klaus Barbie vergleicht sich jetzt im Gefängnis mit Napoleon, und er beruft sich auf

die große Anzahl von französischen Kollaborateuren und den überall existierenden Antisemitismus. „Was gibt es da zu bedauern?“, fragte der reuelose Barbie, nachdem er in Bolivien entdeckt wurde. „Ich bin ein überzeugter Nazi... ich wäre tausendmal wieder das gleiche, was ich gewesen bin“ (Newsweek, 21. Februar). Weil Barbie ein überzeugter Nazi und fanatischer antikommunistischer Mörder gewesen ist, genau darum war er nach dem Krieg nützlich für die amerikanische Regierung und ihre antisowjetischen Spionage-Aktivitäten. Die Vereinigten Staaten retteten Barbie, so wie viele Hunderte, wenn nicht Tausende von Nazis. Sie versahen ihn mit falschen Papieren, bezahlten ihn anständig, schleusten ihn Anfang der fünfziger Jahre nach Bolivien und schützten ihn bis zu diesem Monat erfolgreich vor Verfolgung.

Erhard Dabringhaus, ein ehemaliger Agent der amerikanischen militärischen Gegenspionage, heute Lehrer an der Detroit Wayne State University, erkannte Barbie in Fernsehbildern als den Mann, den er 1948 im besetzten Deutschland bezahlte und beschützte. Dabringhaus sagte, er hatte Befehl, Barbie in einem sicheren Haus in Augsburg in der Nähe von München unterzubringen, wo er ihm monatlich 1700 Dollar zahlte (eine riesige Summe im Nachkriegseuropa). Dabringhaus bestätigt die Anschuldigungen der Nazi-Jäger Serge und Beate Klarsfeld, die die wiederholte Weigerung der Amerikaner, Barbie für einen Prozeß auszuliefern, dokumentieren können. Sie weisen auf einen geheimen Bericht der französischen Armee hin, der zeigt, daß Barbie vom amerikanischen und westdeutschen Geheimdienst in Bolivien beschäftigt wurde (New York Times, 16. Februar).

Das Ehepaar Klarsfeld spürte Barbie vor elf Jahren in Bolivien auf und entlarvte ihn. Seitdem versuchen sie, einen Prozeß gegen ihn anzustrengen. Natürlich hatte Barbie

wenig aus Westdeutschland zu befürchten, hier wollte 1971 ein Münchner Staatsanwalt seinen Fall wegen „Beweismangel“ zu den Akten legen. Die Franzosen wußten mindestens seit acht Jahren über Klaus Barbie Bescheid und unternahmen nichts für eine Auslieferung. Und die USA arrangierte es, daß Barbie und seine Familie mit Reisedokumenten des Roten Kreuzes aus Europa herausgeschmuggelt wurden. Und die einander abwechselnden Juntas in Bolivien, die eng mit ihm zusammenarbeiteten, lieferten ihn natürlich nicht aus.

Barbie ging in den frühen fünfziger Jahren nach Bolivien, wo er den Namen Klaus Altmann annahm und enge Verbindungen mit den einheimischen Faschisten und Schlächtern der Junta knüpfte. Barbie/Altmann war eine bekannte und einflußreiche Figur in Bolivien. Nach 1964 arbeitete er eng mit der bolivianischen Geheimpolizei zusammen, das offizielle Folterinstrument der bolivianischen Regierung gegen Linke und Gewerkschafter. Er hatte besonders enge Beziehungen zu der Falange Socialista Boliviana (FSB), und nach dem Putsch von Hugo Banzer 1971 wurde Barbie zum Berater des Innenministers. Bolivien war ein „behaglicher“ Ort für einen alten Nazi, wie Barbie 1972 sagte:

„Ich bin ein alter Nationalsozialist... Als ich 1951 in Bolivien ankam, hatte ich zufälligerweise eine tröstliche Vision: eine Parade der FSB mit Uniformen, die fast identisch mit den unseren sind... später hatte ich die Gelegenheit, mit Mitgliedern der Partei vertraut zu werden... Ich leistete diesen Leuten Hilfe.“ (El Diario, 25. Mai 1972)

In jüngerer Vergangenheit spielte Barbie eine entscheidende Rolle unter den faschistischen Verbrechern, die 1980 halfen, den „Kokain-Putsch“ durchzuführen, mit dem General Luis Garcia Meza den boliviani-

Informationen über Barbie sind nicht neu in dem Sinne, was die Verwicklung der amerikanischen Regierung mit Ex-Nazis und Kriegsverbrechern angeht“ (Baltimore Sun, 19. Februar).

In Südamerika wimmelt es von Nazis, unter ihnen einige, die Barbies Kriegsverbrechen als kleinen Fisch erscheinen lassen. Josef Mengele, der berühmte Lagerarzt und „Todesengel von Auschwitz“, wird in Paraguay vermutet, aber seine Auslieferung wurde abgelehnt. Walter Rauff, der Architekt der fahrenden Gaskammern, half in Chile Pinochets Geheimpolizei, die DINA, aufzubauen: Auslieferung verweigert.

Es ist jetzt wirklich ein offenes Geheimnis, daß es die Politik der Vereinigten Staaten war, Nazi-Kriegsverbrecher zu importieren. Ein Regierungsbericht des General Accounting Office aus dem Jahr 1978 listet CIA-Verbindungen mit 22 „Ex“-Nazis auf, die in den Vereinigten Staaten leben. Die wirkliche Zahl geht in die Tausende. Die Vereinigten Staaten sind der Hafen der „freien Welt“, besonders für die Massenmörder der SS-Einsatzkommandos und ihre Helfershelfer. Ihre Opfer fürchteten diese lokalen osteuropäischen Schlächter sogar noch mehr als die deutschen Nazis. Die Einsatzkommandos schlachteten Juden und andere „Unerwünschte“ zu Tausenden am Tag ab. Wie wir in „U.S. Imports Nazi War Criminals“ (Workers Vanguard Nr. 318, 26. November 1982) schrieben: „Anstelle ihres Dienstes für das Dritte Reich setzten sie ihre antikommunistische Subversion im Namen der sogenannten freien Welt fort.“ Daher wurden Hitlers Rußlandexperten zu Trumans Rußlandexperten.

Die spektakulärste Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und den Nazis nach dem Krieg war die vollständige Rekrutierung des antisowjetischen Spionagesystems der Nazis durch seinen Chef, Wehrmachtsgeneral Reinhard Gehlen. Gehlens



Bologna, August 1980: Bei dem faschistischen Bombenanschlag werden 85 Menschen getötet, Hunderte verletzt. Westdeutsche Klassenjustiz ließ einen der Terrormörder, Joachim Fiebelkorn, aus „Mangel an Beweisen“ frei

schen Drogenhandel unter seine Kontrolle bekam.

Nach dem italienischen Magazin Panorama (27. September 1982) war Barbie der Kopf der „Nazi-Zentrale“ in La Paz und arbeitete mit den paramilitärischen Gruppen im Waffen- und Drogenhandel zusammen. Die faschistoiden Händler unterhielten ihre eigene Luftwaffe mit einem schwarzen Adler als Emblem und ihr eigenes Foltergefängnis. Barbie hatte Verbindungen mit einer besonderen Stoßtruppe mit dem Namen „Novios de la Muerte“ (Verlobte des Todes), genauso wie Joachim Fiebelkorn, der von italienischen Richtern beschuldigt wird, an dem Massaker im Bahnhof von Bologna im August 1980 beteiligt gewesen zu sein, bei dem 85 Menschen getötet und Hunderte verletzt wurden.

Und warum schützten ihn die USA?

Die Schutzpolitik der Vereinigten Staaten und ihre konterrevolutionäre Zusammenarbeit mit Nazis ist berüchtigt. Was den Fall Barbie so ungewöhnlich macht, ist die Tatsache, daß er nach 40 Jahren überhaupt geschnappt wurde. Die Brooklyn Anwältin Elizabeth Holtzman, die auf die Verfolgung von Nazi-Kriegsverbrechern drängte, als sie Kongreß-Abgeordnete war, stellte fest: „Die

gesamte Organisation wurde aufrechterhalten, und ihre Pläne mußten sich nicht viel ändern, als sie von Hitler zur CIA überwechselten. Die Organisation Gehlens, die entscheidend für die Abschichtung von mehr als einer Million Juden an der Ostfront war, wurde zum Schlüsselement für das antisowjetische Spionagesystem der CIA in Osteuropa. Ohne die ganze rhetorische Scheinheiligkeit des zweiten Kalten Krieges über „Menschenrechte“ erklärte Allen

Fortgesetzt auf Seite 10



- Ich bin an Veranstaltungen und Materialien der TLD interessiert.
- Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren des Spartakist. DM 1,- für Porto habe ich beigelegt.
- Ich möchte den Spartakist abonnieren. 8 Ausgaben – DM 8,50 einschließlich Spartacist (deutsche Ausgabe)

Name

Anschrift

Telefon

Einsenden an/überweisen auf
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1
Postscheckkonto 119 88-601
(Verlag Avantgarde GmbH)

SPARTAKIST

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
sympathisierende Sektion der
internationalen Spartacist Tendenz

CHEFREDAKTEUR: Christoph Steiner

REDAKTION: Elke Gasper, Silvia Lenz,
Fred Zierenberg

VERTRIEB: Birgit Kramer

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:

Fred Zierenberg, 6000 Frankfurt/Main 1

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt
in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich
organisierten Betrieb.

ISSN 0173 - 7430

Nein zu „Kinder, Küche, Kirche“! Weg mit dem § 218!

„Kinder, Küche, Kirche“ heißt das Programm der Regierung Kohls: „Die wichtigste Funktion der Frau in der Gesellschaft ist, Mutter zu sein.“ (Frankfurter Rundschau, 15. Januar) Zweieinhalb Millionen Arbeitslose wurden Anfang Februar von der Bundesanstalt für Arbeit gemeldet. Etwa die Hälfte derjenigen, die durch die kapitalistische Krise erbarmungslos auf die Straße geworfen werden, sind Frauen. Zuletzt geheuert, zuerst gefeuert, trifft die Austeritätsoffensive der CDU/CSU/FDP-Regierung die Frauen besonders hart. Unterstützt wird die reaktionäre Regierungspolitik von einem „Heiligen Krieg“ der katholischen Kirche, die gegen die Finanzierung von Abtreibungen durch die Krankenkassen zu Felde zieht. Dieser Angriff auf die Reform des Paragraphen 218 ist nicht nur ein Angriff auf die Frauen. Die „Bewegung für das Leben“ ist die ideologische Schocktruppe der Bourgeoisie zur Zementierung eines Stützpfilers der kapitalistischen Gesellschaft – die Kleinfamilie, das zentrale Instrument zur Unterdrückung der Frau. Durch die Mobilisierung der Arbeiterklasse muß der Angriff auf die Abtreibungsreform, wie auf jede andere soziale Errungenschaft zurückgeschlagen werden. Für die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218! Schonende und kostenlose Abtreibung auf Wunsch! Freie Vergabe von Verhütungsmitteln!

Der weibliche Möchte-Gern-Ajatollah Ursula Zöllner, Mitarbeiterin bei der katholischen Neuen Bildpost, hat erfolgreich vor dem Dortmunder Sozialgericht die Finanzierung von Abtreibungen durch die Krankenkassen als verfassungswidrig eingeklagt. Von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts haben die Frauen nichts zu erwarten. Vor acht Jahren entschieden diese „Demokraten“ gegen die halbherzige Reform der Sozialdemokratie. Die Abwiegelei der Reformisten von den Jusos bis zur DKP gegen die Forderung nach der ersatzlosen Streichung des Abtreibungsparagraphen im Namen der „Realpolitik“ trug damals dazu bei, daß von der Fristenlösung nur die jämmerliche Indikationslösung übrig blieb – und selbst die steht heute unter Beschuß!

Aber entscheidend für die Aufrechterhal-

tung des Klassenparagraphen waren 1975 der Verrat der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie, die keinen einzigen Kampfschritt unternahm. Und die gleichen Sozialdemokraten, die jetzt wie Brandt und Vogel im Wahlkampf die Angst der Frauen vor der „Zurückdrehung“ des Paragraphen 218 zynisch ausnutzen, sind diejenigen, die 1970/71 die Forderung vieler Gewerkschafterinnen nach der Streichung des Schandparagraphen abwürgten.

Der Kampf gegen die doppelte Unterdrückung der Frau in der kapitalistischen Gesellschaft ist untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie. Terroranschläge auf Frauenhäuser und Einrichtungen wie „Pro Familia“ demonstrieren auf blutige Weise, daß es keine „befreiten“ Inseln im Kapitalismus geben kann. Der Weg zur Befreiung der Frau ist nicht der Weg des Feminismus, der mit der getrennten Organisation von Frauen die von der herrschenden Klasse betriebene Spaltung der Arbeiterklasse aufrecht erhält und fördert. Nur die sozialistische Revolution der vereinigten Arbeiterklasse kann die Grundlage für die vollständige Befreiung der Frau schaffen und mit jeder Ausbeutung und Unterdrückung für immer Schluß machen.

Nicht zufällig ist der Rechtsanwalt von Ursula Zöllner, die wohl nichts gegen die von den Nazis praktizierte Vergabe von Mutterchaftskreuzen hätte, ein Unterzeichner des „Heidelberger Manifests“. Diese rassistische Hetzschrift will die ausländischen Arbeiter für den Zusammenbruch des Kapitalismus verantwortlich machen, genauso wie die Juden in den dreißiger Jahren. Und die Angriffe auf die Arbeiter und Unterdrückten hier gehen einher mit dem antisowjetischen Kriegskurs der NATO, die Errungenschaften der Oktoberrevolution zu zerschlagen. „Es ist nicht unmoralisch zu fordern, daß der uns verbliebene Rest Deutschlands in erster Linie den Deutschen vorbehalten bleibt“, so der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger. Angriffe auf Frauen, Nationalismus, tödlicher Terror gegen ausländische Arbeiter und Antisowjetismus sind Glieder derselben Kette, die die Arbeiterklasse strangulieren soll.

1917 eroberten die Arbeiter im Bündnis mit den Bauern in Rußland die Macht, machten dem imperialistischen Krieg ein Ende und eröffneten den Frauen Möglichkeiten, die in den bürgerlichen Demokratien im Westen heute „verfassungswidrig“ sind. Die stalinistische Konterrevolution rollte viele dieser Errungenschaften zurück, aber der Sieg des russischen Proletariats wurde nicht vollständig zunichte gemacht. Die parasitäre Kaste, die die politische Macht der Arbeiterklasse usurpiert hat, muß durch die politische

Maßstab jeder gesellschaftlichen Bewegung ihre Haltung zur Frauenfrage. Die Antwort der Linken – die die Frauenfrage immer nur nach Konjunktur aufgegriffen hat, um sich dem Feminismus anzuhängen – ist: „Gemeinsam gegen Rechts“. Aber die Politik der bürgerlichen Arbeiterpartei SPD hat die Offensive der konservativen CDU/CSU/FDP-Regierung vorbereitet. Nicht die Illusionen in eine neue SPD-Regierung, sondern, wie wir in unserem Flugblatt schrieben, das wir in einer Auflage von 12 000 vor Betrieben und auf DGB-Demonstrationen verteilten: „Das Problem ist nicht der Kampf-wille der Arbeiter, sondern die Führung, die davor zurückschreckt, die enorme Macht der organisierten Arbeiter in diesem Land zu entfesseln ... die verräterische DGB-Führung mit der Forderung nach Streiks jetzt konfrontieren, um 30 Stunden Arbeit für 40 Stunden Lohn durchzusetzen. Ein Kampf für diese Forderung würde die Versuche lähmen, einen Keil zwischen deutsche und ausländische, männliche und weibliche Arbeiter und Arbeitslose zu treiben. Gleicher Lohn für



Unsere französischen Genossen der Ligue Trotskyste kämpfen gegen das reaktionäre Abtreibungsgesetz („loi Veil“) unter der antisowjetischen Volksfrontregierung: „Freie Abtreibung auf Wunsch für alle Frauen, auch für Minderjährige und Ausländerinnen! Nieder mit ‚loi Veil‘! Brecht mit Mitterrand!“

Revolution des Proletariats gestürzt werden. Das hat jedoch nichts mit der konterrevolutionären Solidarność zu tun. Die einzige Frau, die in der gelben Gewerkschaft von deutschen Bankiers und der CIA Macht ausübt, ist die Schwarze Madonna von Tschernochau! Wie kann man von den Organisationen, die Chomeinis Terrorregime im Iran oder Papst Wojtylas konterrevolutionäre Bestrebungen in Polen unterstützen, einen Ausweg zur Befreiung der Frau erwarten? Verteidigt DDR und Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution! Wie für Fourier und Marx ist für uns der

gleiche Arbeit! Eine Klasse, ein Kampf, Arbeit für alle! ... Heute will die SPD die Wut und Kampfbereitschaft der Arbeiter mit linkstönendem Geklingel besänftigen. Massenstreiks können die verräterischen Pläne der reformistischen Politiker, innerhalb und außerhalb der SPD zum Platzen bringen, die arbeiterfeindliche Kohl-Regierung beiseite räumen und den Weg bahnen zum Kampf für eine Arbeiterregierung in einem revolutionär wiedervereinigten Deutschland, in dem Ausbeutung, Unterdrückung und Arbeitslosigkeit der Vergangenheit angehören werden. ■

Internationaler Frauentag 1983

Dieses Jahr feiert *Women and Revolution* den Internationalen Frauentag mit Artikeln von Genossen der internationalen Spartacist Tendenz. An diesem proletarischen Feiertag, der die militanten Kämpfe von Arbeiterinnen ehrt und die Verpflichtung der sozialistischen Avantgarde für die Befreiung der Frau ausdrückt, erinnern wir an die Worte des „Übergangsprogramms“ von 1938, dem Gründungsdokument von Leo Trotzki's Vierter Internationale:

„Die Epoche des kapitalistischen Zerfalls versetzt der Frau die härtesten Schläge – als Arbeiterin wie als Hausfrau. Die Sektionen der Vierten Internationale müssen

bei den unterdrücktesten Schichten der Arbeiterklasse und demnach bei den werktätigen Frauen Unterstützung suchen. Sie werden dort unerschöpfliche Quellen der Ergebenheit, der Selbstlosigkeit und Opferbereitschaft finden.“

Während die imperialistischen Nationen, geführt von den USA, stärker auf einen Krieg gegen die Sowjetunion steuern und versuchen, die Arbeiterklasse für die Anarchie kapitalistischer Produktionsweise bezahlen zu lassen, strebt die Bourgeoisie danach, die uralte Unterdrückung durch Familie und Religion wieder zu verstärken – eine schlagende negative Bestätigung des marxisti-

schen Grundsatzes, daß die Freiheit von Frauen ein entscheidender Maßstab für gesellschaftlichen Fortschritt im allgemeinen ist. Wir kämpfen heute für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale, der Weltpartei der sozialistischen Revolution, und der Kampf für die Befreiung der Frau ist ein entscheidender Teil unseres Programms. Voller Zuversicht sehen wir der Schaffung von Frauenübergangsorganisationen unter der Führung von trotzkistischen Massenparteien überall auf der Welt entgegen. Vorwärts zur Befreiung der Frau durch internationale sozialistische Revolution!

Abonniert!

Marxistische Zeitung, herausgegeben von der Frauenkommission der Spartacist League/U.S.
DM 6,- für 4 Nummern (Luftpost)
Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1
Postscheckkonto Ffm 119 88-601
(Verlag Avantgarde GmbH)

Wohin geht die SWP?

Barnes denunziert Trotzismus

„Trotzkismus, was diesen Begriff angeht, so prophezeie ich, daß sich keiner von uns so nennen wird, ehe dieses Jahrzehnt um ist. Wenn es stimmt, daß Trotzismus als Begriff von den Stalinisten erfunden worden ist, ... dann hat die Bezeichnung Trotzismus als solche nicht viel Wert.“ (Jack Barnes, 31. Dezember 1982)

Am Silvesterabend erklärte der Führer der Socialist Workers Party (SWP – amerikanische Schwesterorganisation der Gruppe Internationale Marxisten/GIM) auf einer öffentlichen SWP-Veranstaltung endlich unverblümt, was schon seit zwei Jahrzehnten Wirklichkeit ist: die SWP ist nicht die trotzkistische Partei in den Vereinigten Staaten. Barnes verkündete, daß „weltweit 80 Prozent von denen, die sich Trotzisten nennen ... hoffnungslose, unbelehrbare Sektierer sind“. Barnes' zweieinhalbstündige Rede, als Höhepunkt der Jahresversammlung der SWP-Jugendorganisation gepriesen, kreiste um eine Flut von Angriffen auf die trotzkistische Theorie der permanenten Revolution: „Wenn diese Dinge wahr sind, dann ist die permanente Revolution keine richtige Verallgemeinerung oder eine angemessene, oder eine, die nicht weniger Probleme aufwirft als sie löst...“ Mit „diesen Dingen“ bezog sich Barnes auf seine Idee einer „Fusion“ mit den „Revolutionären“ der nikaraguanischen Sandinistas, der New Jewel Movement von Grenada, den salvadorianischen und kubanischen kommunistischen Parteien (KPe). „Wir sind keine Trotzisten...“ enthielt Barnes, und nie sind ihm wahrere Worte über die Lippen gekommen.

Wir müssen hier unterbrechen, um unsere Leser auf die Tatsache aufmerksam zu machen, daß unsere Zitate aus der Rede von Barnes nicht unserem gewöhnlichen Standard an Genauigkeit entsprechen. Dies dank der SWP, die unsere Beobachter, die sie kannte, von der Veranstaltung ausschloß. Zum ersten Mal seit Jahren wurde unseren Genossen der Spartacist League kein Beobachter bei der Jugendkonferenz erlaubt; einer der ersten Punkte auf der Tagesordnung war ein Vorschlag, die SL/U.S. auszuschließen, in einen Topf geworfen mit der Workers League (die sich im Augenblick schmutzigen arbeiterfeindlichen Militär- und religiösen Diktaturen unterordnet und die gerade dabei ist, die SWP mit Hilfe der kapitalistischen Gerichte anzugreifen – siehe das Material über Alan Gelfand in *Workers Vanguard* Nr. 321, 14. Januar). Der Ausschluß wurde mit der Behauptung begründet, die SL hätte versucht, „die Versammlung durch das Verteilen ihres Flugblatts und den Verkauf ihrer Zeitung zu stören“. Bei Barnes' öffentlicher Rede waren rund 1200 anwesend, etwa 400 Teilnehmer mehr als bei der Jugendkonferenz.

Es wird für regelmäßige Leser unserer Presse nichts Neues sein, daß die reformistische SWP nicht trotzkistisch ist. Die Spartacist League, die authentischen Trotzisten in den USA, hat in *Workers Vanguard* ausführlich die programmatischen Schlüsselfragen behandelt, die die SWP als eine reformistische Partei definieren, von ihrer Forderung nach US-Hilfe für Nicaragua (in voller Harmonie mit den imperialistischen Liberalen, die fürchten, daß Reagans Unnachgiebigkeit die Sandinistas auf den „kubanischen Weg“ zwingen wird) bis zu ihrer Opposition zu militanten Mobilisierungen, die sich auf die Macht der Arbeiterbewegung und der Minderheiten stützen, um faschistischen Terror hier im eigenen Land zu stoppen. Aber wir sind recht nachlässig darin gewesen, die „theoretischen“ Dispute der SWP-Ideologen



Wie die Stalinisten verfälscht SWP Leninismus, um Trotzismus anzugreifen

über Trotzismus zu kommentieren, die den Charakter von stalinistischen Diskussionen über Leninismus haben – die groteske Perversion der revolutionären Perspektive im Dienst von reformistischem Appetit.

Aber für jede Partei ist die explizite Ablehnung traditioneller „Ismen“ ein bedeutendes und obendrein ungewöhnliches Ereignis. Organisationen, deren Lippenbekenntnisse zur marxistischen Tradition schon lange jeden Inhalts beraubt sind, scheuen trotzdem davor zurück, geradeheraus ihre Ansprüche auf „Kontinuität“ aufzugeben. Man denke zum Beispiel nur an den Aufruhr in den westeuropäischen KPe in den letzten Jahren, als die „Diktatur des Proletariats“ explizit fallengelassen wurde. Mit ihrer wirklichen Politik haben die feigen reformistischen KPe, wie tausendfach bewiesen, schon seit Jahrzehnten ganz und gar nichts mehr mit dem leninistischen Programm der proletarischen Klassenmacht zu tun. Aber die Verwerfung der „Diktatur des Proletariats“ durch die spanische KP beispielsweise war nichtsdestoweniger ein reales politisches Ereignis. Es war ein Resultat des Anwachsens der Kalten-Kriegs-Spannungen, die die moskauorientierten Parteien, wie sklavisch reformistisch und sozialpatriotisch in ihrem Verhalten auch immer, zu unakzeptablen Teilnehmern in kapitalistischen „Koalitions“regierungen machten.

Selbst eine Organisation von erheblich geringerer Größe, wie die SWP, hat gewöhnlich

ein beträchtliches Interesse an ihren historischen „Etiketten“, vor allem weil die SWP seit mehr als 50 Jahren im trotzkistischen „Geschäft“ ist – erst in der politischen Realität und später als nichtssagendes Umhängeschild. Der explizite Antitrotzkismus der Gedankenwelt von Jack Barnes wird etwas kosten. In der SWP gibt es im Augenblick zwei unterschiedliche, beträchtliche rechte Minderheiten, die aus „Barnestown“ fliehen möchten. Vielleicht begrüßt Barnes ihre weitere Entfremdung, weil es ihm die Mühe einiger Ausschlüsse erspart. Aber selbst unter der hartgesottenen reformistischen Mehrheit von Barnes, die jetzt verzweifelt lokalen Stalinisten und Radikalnationalisten nachjagt, gibt es sicher einige Elemente, die sich eine programmatisch inhaltleere, sentimentale Anhänglichkeit an den Trotzismus bewahrt haben; es gibt die Bücher Trotzki im Pathfinder Verlag, die beträchtliche Einnahmen gebracht haben; es gibt sicher einige ältere ehemalige Mitglieder, die die SWP weiterhin mit der Illusion finanziell unterstützt haben, daß diese eine gewisse Kontinuität mit der Organisation aufrechterhält, an die sie sich erinnern.

Dann ist da noch die verzwickte Frage der Beziehungen der SWP mit ihren europäischen Blockpartnern des „Vereinigten Sekretariats“ (VS). Mit ihnen befand sich die SWP während der zwanzigjährigen brüderlichen Vereinigung von SWP und VS fast ständig im Kriegszustand. Die Feindseligkeiten

haben im Augenblick einen Höhepunkt erreicht, und nun schreibt Barnes das VS explizit mit seiner Erklärung ab, daß 80 Prozent der „Trotzkisten“ auf der Welt hoffnungslose Sektierer sind. Während es Barnes sicher nichts ausmacht, sich von diesen „hoffnungslosen“ Leuten abzuspalten, verhilft ihnen jedoch seine offene Attacke auf den Trotzismus zu unverhoffter polemischer Munition.

„Die Übergangsjahre“

Jack Barnes hat die SWP seit Mitte der sechziger Jahre mit zunehmend eiserner Hand beherrscht. Er hat seine Kontrolle besonders gegenüber den übriggebliebenen Partei-Oldtimern konsolidiert, wobei die Taktiken von der Verwendung eines „Emeritierten“-Status – um alte Führer aus dem Nationalkomitee zu drängen – bis zum höhnischen Spott über die Vorstellung reichen, auf die Bedenken von Parteiveteranen über seine organisatorisch abenteuerlichen Ideen über Gewerkschafts„taktik“ zu hören.

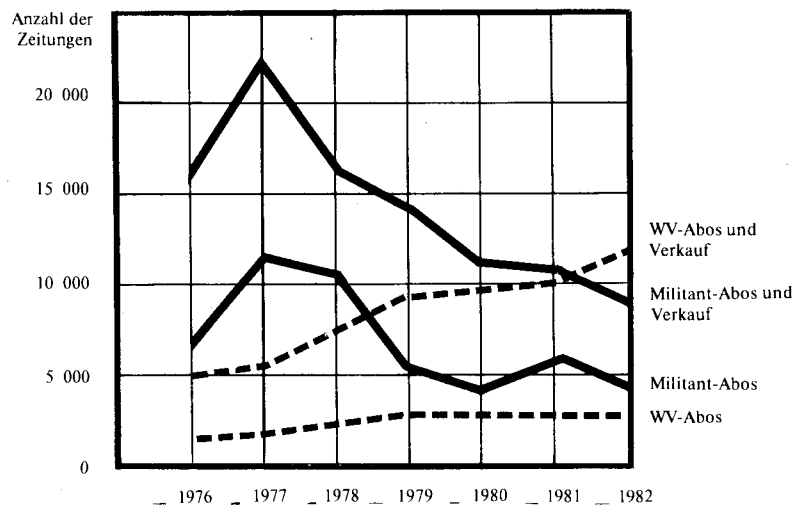
Als Führer der Parteimaschine der SWP tendierten Barnes' erste Beiträge zur SWP-„Theorie“ dazu, hauptsächlich Losungen aufzustellen, die das reformistische Programm der SWP systematisieren, etwa nach dem Motto: „Wenn dir Feminismus gefällt, wirst du den Sozialismus lieben.“ Aber nach dem Tod von Joseph Hansen 1979 trat Barnes als der internationale „Theoretiker“ seiner Partei auf. Barnes' „neue“ kreative Beiträge (in Wirklichkeit sind sie die uralten menschewistischen/stalinistischen Angriffe auf den Trotzismus) wollen jetzt für voll genommen werden.

Erste Anzeichen waren besonders die jüngeren Artikel von Barnes' Schreiberling Doug Jenness, in denen er Trotzki Analyse der russischen Oktoberrevolution 1917 zurückweist, sowie einige provokative symbolische Akte. Zum Beispiel bestand die Liste von Revolutionären in der Broschüre der Jugendkonferenz aus: Marx, Engels, Lenin – kein Trotzki. Oder Barnes' Beschreibung (SWP *Internal Bulletin* Nr. 1, September 1982) der noch ausstehenden Titel in Farrell Dobbs' Serie über „Revolutionäre Kontinuität“: nach Barnes wird Teil III, der die Jahre bis 1959 behandelt, den Titel „Die trotzkistischen Jahre“ tragen, während der nächste Band „Die Übergangsjahre“ heißen wird.

Übergang wohin, kann man da fragen. Im Austausch für welchen Einfluß, um welche Verbündeten zu besänftigen, unternimmt Barnes das verzwickte Geschäft, explizit den



Jack Barnes, Oberguru der reformistischen Socialist Workers Party, zu Ernest Mandels „Vereinigten“ Sekretariat: „80 Prozent der Trotzisten auf der Welt sind hoffnungslose, unbelehrbare Sektierer.“



Vergleich der Verkaufszahlen des zweiwöchentlichen Workers Vanguard von der SL/U.S. mit dem wöchentlichen Militant der SWP. Der Verkauf von Workers Vanguard übertrifft den Militant. Im Gegensatz zu Reformisten, wie die SWP, ist die Presse, der „kollektive Organisator“, für Leninisten der Maßstab für die Effektivität einer Organisation

Trotzkismus zu denunzieren? „Jedesmal wenn eine Partei mit anderen Parteien fusioniert, ändert sie sich selber, und das ist der Weg vorwärts“, sagt Barnes. Daß Barnes' exzentrische, schrumpfende Formation Lust auf eine „Fusion“ hat, bezweifeln wir nicht – aber mit wem?

Laut seiner Silvesterrede ist Barnes' Ziel Zentralamerika, „wo die bedeutendsten Gedanken in der Welt entwickelt werden“. Barnes schlägt bescheiden eine „gemeinsame marxistische Weltbewegung“ vor, bestehend aus der SWP und den zentralamerikanischen „revolutionären“ Kräften. Und wer sind die? Nun, da gibt es die Regierung von Nicaragua, die radikal-nationalistischen Sandinistas, deren Programm zur Besänftigung der „antisozialistischen Kapitalisten“ in einer „gemischten Wirtschaftsordnung“ im direkten Gegensatz zu der Notwendigkeit steht, die soziale Macht der kapitalistischen Klasse in Nicaragua zu brechen, besonders angesichts der US-Provokation und der Ausweitung des zentralamerikanischen Aufstands. Dann gibt es das Regime von Castro in Kuba, das nach dem Glaubensbekenntnis von Barnes keine Ähnlichkeit mit den stalinistischen Ausverkäufen in Rußland hat – dies trotz der Tatsache, daß die kubanischen und russischen stalinistischen Regime sichtbar praktisch in jedem Punkt übereinstimmen. Und laßt uns nicht El Salvador vergessen, wo Barnes' „Revolutionäre, die ihres Namens würdig sind“, die Stalinisten sind. Vor einem Monat hat die SWP intern Barnes' Entdeckung verkündet, daß die BPR-Fraktion von Cayetano Carpio (die die SWP die ganze Zeit über beharrlich umgarnt hatte) weniger „proletarisch“ sei als der KP-Flügel.

In Zentralamerika ist die Machtfrage gestellt. Die sadistischen Oligarchien, die rückhaltlos vom US-Imperialismus unterstützt werden, sind in einem Land nach dem anderen mit Volksrebellionen konfrontiert. Die Führer Nicaraguas versuchen die „patriotische“ Bourgeoisie hinzuhalten und das Pentagon zu besänftigen, indem sie sich weigern, Waffen an die Aufständischen in El Salvador zu liefern; die Perspektive der salvadorianischen Führer ist eine „politische Lösung“ am Verhandlungstisch, die die plebejischen Massen des Sieges berauben würde, für den sie kämpfen und sterben; die kubanischen Führer benutzen als Alibi für ihre Unterstützung „progressiver“ Militärajuntas von Peru bis Brasilien das Argument, Lateinamerika sei nicht „reif für den Sozialismus“. Mit ihrer Illusion, den US-Imperialismus besänftigen zu können, liefern diese Nationalisten und Stalinisten die zentralamerikanischen Massen nur Volksfronttragödien aus. Allendes „friedlicher Weg“ in Chile, der die einheimischen Kapitalisten und Militaristen (und die Multis und die CIA) in Wut versetzte, ohne jedoch ihre Macht entscheidend zu brechen, hat den Weg für General Pinochets Blutbad gebahnt. Andererseits hat die amerikanische imperialistische Kriegstreiberei die zentralamerikanischen linken Ideologen dazu gebracht, mit doppelter Zunge zu reden – da kommt die SWP daher, trägt wie verrückt ausgewählte Zitate zusammen und voilà, neue „Revolutionäre der Aktion“ sind enthüllt.

Für authentische Trotzkisten stellen die revolutionären Kämpfe in Zentralamerika, der heroische Widerstand der Massen, die Auseinandersetzungen über Strategie eine entscheidende Gelegenheit dar, subjektiv revo-



Permanente Revolution in Aktion: Russische Arbeiter marschieren 1917 durch Petrograd. Das Banner der Bolschewiki fordert: „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit den zehn kapitalistischen Ministern!“

lutionäre Militante in dieser Region zu gewinnen für eine Perspektive der Unabhängigkeit der Arbeiterklasse von allen Flügeln der Bourgeoisie als dem einzigen Weg zum Sieg. Unsere Strategie ist der Aufbau von leninistischen Avantgardeparteien, um das Proletariat an der Spitze der armen Bauernmassen zur Machtergreifung zu führen (dies ist der Kern der Theorie der „permanenten Revolution“). Für Barnes & Co. ist das genau der richtige Zeitpunkt, sich formell von der permanenten Revolution loszusagen, Trotzki zu denunzieren und die Kämpfe der Vierten Internationale explizit in die „alten Tage“ vor Castro zu verbannen.

Permanente Revolution: „Sektiererisch und ultralinks“

Barnes begann seine Rede mit ausführlichen Anlehnungen an die jüngsten Werke eines Schafik Jorge Handel, des Generalsekretärs der salvadorianischen KP. Aber der größte Teil seiner Rede schlug bekanntere Töne an – bekannt für jeden, der jemals die klassischen reformistischen Argumente gegen den Trotzismus gelesen oder gehört hat. Barnes' Auflistung der Fehler des frühen Trotzki, als linkem Menschewik in Opposition zum Bolschewismus, mit dem Zweck, Trotzki, den leninistischen Revolutionär, fallenzulassen, hätte geradewegs aus Carl Davidsons „Exposé“ über den Trotzismus („links in der Form; rechts in der Essenz“) ausgegraben sein können; es erschien vor einigen Jahren in der *Guardian*. Barnes geißelt dann die Theorie der permanenten Revolution; sie sei 1905 fehlerhaft gewesen, 1917 falsch und in China 1928 geradezu „ultralinks“.

Die Theorie der permanenten Revolution wurde vor allem in der russischen Revolution getestet. Die Theorie nahm den Wechsel in Lenins eigenem Denken vorweg, als er sich unter dem Druck der Ereignisse vom revolutionären Sozialdemokraten zum Kommunisten wandelte. Zur Zeit der Prager Konferenz 1912 war Lenin in der Organisationsfrage ein Kommunist. Aber seine Sicht des genauen Klassencharakters der Revolution in Rußland war noch in der Entwicklung begriffen. Vor dem April 1917 bemühte sich Lenin, dem alten menschewistischen (und später stalinistischen) Schema von einer „Revolution in zwei Etappen“ in Rußland entgegenzutreten. Die Menschewiki sprachen davon,

daß zunächst eine „demokratische“ Revolution unter der Führung der „demokratischen“ Bourgeoisie notwendig und erst nach einer Periode der *kapitalistischen* Entwicklung eine sozialistische „Etappe“ möglich sei. Aber die Formel, die Lenin dem menschewistischen Reformismus entgegengesetzte, war die ungenügende Formel der „demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“, die die Herrschaft zweier Klassen postulierte. Lenins Größe bestand gerade darin, daß er nicht sein revolutionäres Programm zusammenstrich, um es einer ungenügenden Formel anzupassen. Stattdessen ergriff er die Gelegenheit, die sich in der Wirklichkeit ergab, um das Proletariat durch die revolutionäre Kampfpartei, die er zu diesem Zweck aufgebaut hatte, zur Eroberung der Staatsmacht zu führen.

Auf diese Weise bestätigte er die Theorie der permanenten Revolution, die vorausgesetzt hatte, daß in der Epoche des niedergehenden Imperialismus die schwachen herrschenden Klassen der rückständigen Nationen die progressive Rolle, die mit den bürgerlichen Revolutionen der früheren Epoche verbunden war, weder spielen können noch wollen. So konnten die „demokratischen“ Aufgaben, die einst von der alten „aufklärerischen“ Bourgeoisie aufgegriffen wurden – zum Beispiel nationale Selbstbestimmung, Zerstörung der feudalen Klassenbeziehungen auf dem Land, Abschaffung der Monarchie, allgemeines Wahlrecht usw. – nur unter der Klassenherrschaft des revolutionären Proletariats durchgesetzt werden, das selber mächtiger geworden und jetzt in den großen Industrieunternehmen und -sektoren konzentriert war.

Barnes zufolge ist die Theorie der permanenten Revolution „sektiererisch“ und „ultralinks“ und von Lenin niemals in Wort oder Tat akzeptiert worden. Barnes geht tatsächlich soweit, Trotzki der Lüge über Lenins Positionen zu bezichtigen: „Meiner Erinnerung nach ist dies die einzige Sache, die Trotzki geschrieben hat, von der ich glaube, daß sie tatsächlich falsch ist!“ Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, ist es notwendig, einen Überblick über die Debatten um die russische Revolution zu geben.

In seiner Einleitung zur ersten russischen Ausgabe von *Die permanente Revolution* bemerkte Trotzki, daß die Theorie der permanenten Revolution für Stalin & Co. „die Erbsünde des ‚Trotzkismus‘ darstellt“. Er stellte die Debatte in ihren besonderen historischen Zusammenhang. In seinen „Drei Konzeptionen der russischen Revolution“ (August 1939) – eine Arbeit von kristallklarer Präzision – benannte er drei Hauptargumente über „die historische Natur der russischen Revolution und den weiteren Kurs ihrer Entwicklung“. Diese waren:

1. *Die menschewistische Sichtweise*: „der Sieg der bürgerlichen russischen Revolution ist nur vorstellbar unter der Führung der liberalen Bourgeoisie und muß dieser die Macht übermitteln. Das demokratische Regime wird dann dem russischen Proletariat ermöglichen, mit unvergleichlich größerem Erfolge als vorher seine älteren Brüder im Westen auf dem Wege des Kampfes für den Sozialismus einzuholen.“

2. *Lenins Perspektive*: „die rückständige russische Bourgeoisie ist unfähig, ihre eigene Revolution bis zum Ende durchzuführen! Der vollständige Sieg der Revolution mittels der ‚demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft‘ wird alles Mittelalterli-

che hinwegfegen, der Entwicklung des russischen Kapitalismus einen amerikanischen Rhythmus verleihen, das Proletariat in der Stadt und auf dem Dorf festigen und dem Kampf für Sozialismus weite Möglichkeiten eröffnen. Andererseits wird der Sieg der russischen Revolution der sozialistischen Revolution im Westen einen starken Impuls verleihen, und letztere wird Rußland nicht nur vor der Gefahr einer Restauration bewahren, sondern darüber hinaus dem russischen Proletariat erlauben, die Machteroberung in einer verhältnismäßig kurzen geschichtlichen Zeitspanne ins Auge zu fassen.“

3. *Permanente Revolution*: „der vollständige Sieg der demokratischen Revolution in Rußland ist vorstellbar nur unter der Form der Diktatur des Proletariats, das sich auf die Bauernschaft stützt. Die Diktatur des Proletariats, die unvermeidlich nicht nur demokratische, sondern auch sozialistische Aufgaben auf die Tagesordnung setzt, wird gleichzeitig der internationalen sozialistischen Revolution einen starken Impuls verleihen. Nur der Sieg des Proletariats im Westen wird Rußland vor der bürgerlichen Restauration schützen und ihm die Möglichkeit geben, den sozialistischen Aufbau bis zu Ende durchzuführen.“

1917 „mußte Lenin seine Perspektive in direktem Konflikt mit den alten Kadern der Partei abändern“. Die Oktoberrevolution war der historische Test und bestätigte Trotzki's Prognose. 1917 gab es keine „Debatte“ mehr über den Charakter der russischen Revolution, weil diese Frage durch den Verlauf der Revolution gelöst wurde. Als Lenin einige Tage nach dem Aufstand vor dem Petrograder Sowjet erschien, kündigte er an: „Wir werden jetzt fortfahren mit dem Aufbau der sozialistischen Ordnung!“

Lenin gab seine algebrische Theorie der „demokratischen Diktatur“ im April 1917 auf. Seine „Briefe über die Taktik“ stellen fest:

„Es besteht nebeneinander, zusammen, zu ein und derselben Zeit sowohl die Herrschaft der Bourgeoisie (die Regierung Lwow und Gutschkow) als auch die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, die die Macht freiwillig an die Bourgeoisie abtritt, freiwillig zu ihrem Anhängsel wird... Diese letztere ‚Auch-Regierung‘ hat selber die Macht an die Bourgeoisie abgetreten, hat sich selber an die bürgerliche Regierung gekettet... Erfaßt die altbolschewistische Formel des Gen. Kamenew ‚die bürgerlich-demokratische Revolution ist nicht abgeschlossen‘ diese Wirklichkeit? ... Nein die Formel ist veraltet. Sie taugt nichts. Sie ist tot. Vergeblich werden die Bemühungen sein, sie zu neuem Leben zu erwecken.“

Adolph Joffes letzter Brief an Trotzki, der in Trotzki's *Mein Leben* zitiert wird, bestätigt Lenins Festhalten an der permanenten Revolution:

„Das (Jahrzehnte gemeinsamer Arbeit und Freundschaft) gibt mir das Recht, Ihnen zum Abschied zu sagen, was mir bei Ihnen als Fehler erscheint. Ich habe nie an der Richtigkeit des von Ihnen bezeichneten Weges gezweifelt, und Sie wissen, daß ich seit mehr als zwanzig Jahren mit Ihnen gehe, seit der Zeit der ‚permanenten Revolution‘. Aber ich war immer der Meinung, daß Ihnen die Leninsche *Unbeugsamkeit und Unnachgiebigkeit* fehlt, seine Bereitschaft, auf dem Wege, den er als richtig erkannt hat, wenn es sein muß, allein zu bleiben, in Voraussicht einer späteren Mehrheit, einer späteren allgemeinen Anerkennung der Richtigkeit dieses Weges... Ich habe Ihnen wiederholt erklärt, daß ich mit meinen eigenen Ohren gehört habe, wie Lenin gestand, daß auch im Jahre 1905 nicht er, sondern Sie recht gehabt hätten.“

China und die permanente Revolution

Der Aufstieg der stalinistischen Bürokratie, ihre Aneignung konterrevolutionären Bewußtseins, wie es in der Losung vom „Sozialismus in einem Land“ festgeschrieben wurde, und die Stalinisierung der Kommunistischen Internationale hatten Niederlage um Niederlage für das Weltproletariat zur Folge. In China war Stalins Politik nicht die mehrdeutige „revolutionär-demokratische Dikta-

Fortgesetzt auf Seite 8

Marxist Bulletin No. 8

CUBA AND MARXIST THEORY

Bestellt!

Cuba and Marxist Theory	3, - DM
Spartacist, deutsche Ausgabe:	
Nr. 5: „Entstehung des kubanischen deformierten Arbeiterstaates“	1, - DM
Nr. 7/8: „Hoch die Rote Armee!“	2, - DM
Nr. 10: „Afghanistan: Die SWP macht kehrt“	2, - DM

Zu beziehen über: Postfach 167 47, 6000 Frankfurt, Postscheckkonto 11988 - 601 (Verlag Avantgarde)

SWP...

Fortsetzung von Seite 4

tur“, sondern die menschwistische Theorie der „Etappen“. Es konnte auch kaum anders sein, denn 1917 hat ein für allemal die Frage gelöst, ob es irgendeine wirklich demokratische Lösung unterhalb der proletarischen Herrschaft geben kann. In *Die permanente Revolution* faßte Trotzki zusammen:

„Die große historische Bedeutung der Leninschen Formel bestand darin, daß sie unter den Bedingungen einer neuen historischen Epoche eine der wichtigsten theoretischen und politischen Tagesfragen erschöpft hatte, und zwar die Frage nach der erreichbaren Stufe der politischen Selbständigkeit der verschiedenen kleinbürgerlichen Gruppierungen, vor allem der Bauernschaft. Durch ihre Vollständigkeit hat die bolschewistische Erfahrung von 1905–1917 der ‚demokratischen Diktatur‘ die Türe fest verrammelt.“

Trotzki zitiert an anderer Stelle in dem Buch *Lenin*:

„... die ganze Geschichte der Revolution, die ganze Geschichte der politischen Entwicklung während des ganzen 19. Jahrhunderts lehren uns, daß der Bauer entweder dem Arbeiter oder dem Bourgeois folgt. ... Die Ökonomik der kapitalistischen Gesellschaft ist derart, daß nur das Kapital oder das es stürzende Proletariat die herrschende Kraft sein kann.“ (Rede über den Volksbetrug mit den Losungen Freiheit und Gleichheit, Mai 1919)

Die permanente Revolution, 1917 positiv bestätigt, wurde durch die Niederlage des chinesischen Proletariats 1927–28, die ihm durch seine bürgerlichen „Verbündeten“ der Kuomintang beigebracht wurde, in negativer Weise bestätigt. Die Debatte über China drehte sich einfach darum, ob die chinesischen Arbeiter und Bauern der einheimischen Bourgeois untergeordnet werden sollten oder nicht, eine Debatte, in der Trotzki laut Barnes „linkslastig“ war. Seit 1924, in der China-Debatte und bis zum heutigen Tag, geht es in der Auseinandersetzung zwischen Stalinismus (Menschewismus) und Trotzkiismus (Bolschewismus) über die „permanente Revolution“ um den Kampf zwischen den Advokaten von „Bündnissen“ mit der Bourgeoisie (natürlich „antifaschistisch“, „antifeudal“, „antiimperialistisch“) und denjenigen, die für die unabhängige Mobilisierung des Proletariats kämpfen, der Avantgarde aller Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen alle Flügel des Klassenfeindes.

In *Die permanente Revolution* gibt Trotzki eine fiktive Unterhaltung zwischen einem Kommunisten aus dem Osten und einem Verteidiger der stalinisierten Komintern wieder. Das Gespräch geht um die Frage, was die „demokratische Diktatur“ ist:

„... Aber sagt uns doch bitte, wie sieht diese Parole in der Tat aus? Wie hat sie sich bei euch verwirklicht?“

„Bei uns hat sie sich als Kerenskiade in der Epoche der Doppelherrschaft verwirklicht.“

„Können wir unseren Arbeitern sagen, daß die Parole der demokratischen Diktatur sich bei uns als unsere nationale Kerenskiade verwirklichen wird?“

„Aber, aber! Keinesfalls! Kein Arbeiter wird eine solche Parole annehmen: die Kerenskiade ist ein Lakaiertum vor der Bourgeoisie und ein Verrat an den Werktätigen.“

„Aber wie müssen wir es denn unseren Arbeitern sagen?“, fragt betrübt der Kommunist des Ostens.

„Sie müssen sagen“, sagt der wachhabende (Stalinist) Kuusinen ungeduldig, „die demokratische Diktatur sei dasselbe, was Lenin sich in bezug auf die künftige demokratische Diktatur vorgestellt hat.“

Entbehrt der Kommunist des Ostens einer gewissen Überlegung nicht, dann wird er zu erwidern versuchen: „Aber Lenin hat doch im Jahre 1918 erklärt, daß die demokratische Diktatur erst in der Oktoberrevolu-



Shanghai 1927, Kommunisten werden von der Kuomintang geköpft. Wegen der Warnung, daß ein Bündnis mit dem „progressiven“ nationalistischen Tschiang Kai-schek zu einem Massaker führen würde, denunziert Barnes Trotzki als „ultralinks“

tion durch Aufrichtung der Diktatur des Proletariats ihre echte und wahre Verwirklichung gefunden hat. Wäre es nicht besser, die Partei und die Arbeiterklasse nach dieser Perspektive zu orientieren?“

„Unter keinen Umständen. Wagt nicht, auch nur daran zu denken. Das ist ja die per-r-r-manente R-r-r-evolution! Das ist Tr-r-r-otzkismus!“

Barnes' Angriff auf Trotzki's Position zu China 1928 ist eine grundsätzliche Stellungnahme für Antitrotzkismus. Im Jahre 1928 veröffentlichte die Linke Opposition ihre *Kritik der grundlegenden Thesen des Programm-entwurfs der Komintern*, die eine entscheidende Erweiterung des Trotzkiismus von einer revolutionären Opposition gegen die stalinistische Degeneration der Sowjetunion zu einer internationalen politischen Tendenz darstellte. Im Zusammenhang mit China stellte Trotzki zum ersten Mal die Theorie der permanenten Revolution nicht als Sonderfall unter russischen Bedingungen auf, sondern wendete sie generell für die gesamte koloniale Welt an. Barnes, der Trotzki am Beispiel Chinas als eine Art Ultralinks abstempelt, greift damit tatsächlich Trotzki's Programm für alle Länder, die unter dem Joch des Imperialismus stehen, an.

Die Weigerung der reformistischen Führungen der Arbeiterklasse, mit der Bourgeoisie zu brechen und für die proletarische Staatsmacht zu kämpfen, hat von Spanien über Indonesien bis Chile zu blutigen Niederlagen geführt. Weniger häufig, unter außergewöhnlichen Bedingungen (vor allem bei Abwesenheit der organisierten Arbeiterklasse als Anwärter auf die Macht im eigenen Namen), sind stalinistische oder kleinbürgerlich geführte Guerillabewegungen, die sich auf die Bauern stützten, in Ländern wie China, Kuba und Vietnam an die Macht gekommen. Als Ergebnis entstanden neue bürokratische Arbeiterstaaten mit einem national-stalinistischen Programm, also konterrevolutionär in ihrer Politik jenseits ihrer eigenen Grenzen, wodurch sie Verschiebungen im Kräftegleichgewicht der Welt auf ein Minimum beschränkt haben. Jedoch sind diese deformierten sozialen Revolutionen selber eine teilweise Bestätigung der Theorie der permanenten Revolution, weil ihre Führungen gezwungen wurden – im Gegensatz zu ihren eigenen Programmklärungen –, zur Enteignung der Bourgeoisie und zur Übernahme sozialisierter Eigentumsformen zu schreiten, wie sie zum ersten Mal durch den Sieg der Oktoberrevolution geschaffen wurden, als einzigem Weg, wirkliche nationale Befreiung zu erreichen und klassisch bürgerlich demokratische Aufgaben wie die Landreform anzugehen.

Die Anwendbarkeit der permanenten Revolution auf die heutigen Kämpfe war niemals dringlicher und offensichtlicher. Zum Beispiel der Kampf der palästinensischen Massen gegen nationale und Klassenunterdrückung: Solange wir zurückdenken können, haben die SWP und ihre Verbündeten vom VS die sogenannte „arabische Revolu-

tion“ als einen hervorragenden antiimperialistischen Kampf hochgejubelt, der die grausam unterdrückten arabischen Arbeiter und Bauern und ihre Herrscher umfaßt. Wann war es je klarer als heute, daß die „antizionistischen“ Ölscheichs, die nationalistischen Obristen usw., die die arabischen Staaten regieren, keine „Verbündeten des palästinensischen Kampfes“ sind, sondern sich auf groteske Art und Weise dem Imperialismus unterwerfen? Der Weg zur Befreiung der Palästinenser liegt im vereinten Klassenkampf der arabischen, hebräisch sprechenden

könnte daran zweifeln, daß Kuba schon längst zerschlagen oder zu radioaktiv verseuchtem Schutt geworden wäre? Das ist die „Verteidigung der kubanischen Revolution“ à la SWP.

Aber die wirkliche Frage ist: Was, glaubt Barnes, hat er den zentralamerikanischen und kubanischen KPen anzubieten, was sich auch nur irgendjemand wünschen könnte? Es erinnert an eine diplomatische Mission, die Mikojan nach Castros Revolution nach Kuba brachte, zu einer Zeit, in der sowohl Rußland als auch China versuchten, Kuba auf ihre Seite zu ziehen. Mikojan erzählte den Kubanern ungefähr folgendes: Schaut her, wir können alle möglichen Sachen liefern – Erdöl, Getreide, Werkzeug aus tschechischen Fabriken, die modernsten Waffen, was ihr wollt. Und was könnt ihr von den Chinesen kriegen? Nur unbegrenzte Versorgung mit menschlichem Blutplasma.

Immerhin hatten die Chinesen wenigstens etwas anzubieten – schließlich haben sie die Staatsmacht. Aber was hat Barnes anzubieten? Ja, wenn die SWP die bestimmende Kraft in einem größeren Flügel der Demokratischen Partei wäre, das könnte den Kubanern und Zentralamerikanern, die in amerikanischen Gewehrläufe schauen, etwas wert sein – sie könnten glauben, daß der Einfluß der SWP in führenden bürgerlichen Kreisen den Kurs auf eine amerikanische Militärintervention abschwächen würde. Aber die Hauptaktiva der SWP bestehen im Copyright von einigen Büchern Trotzki's.

Fidel wird Barnes' Rede wohl kaum viel Beachtung schenken. Aber jemand, der das sicher tun wird, ist Ernest Mandel, der führende Sprecher der nicht allzu brüderlich verbrüderten Kumpel der SWP im europäischen VS. Das VS tobt darüber, daß die SWP Mandel's englische Sektion untergräbt; währenddessen tändelt das VS mit den Minderheitstendenzen und den Ausgeschlossenen von der SWP herum. Besonders in diesem Zusammenhang können wir einige gelehrte Abhandlungen erwarten, in denen Mandel den „Trotzkismus“ gegen die SWP verteidigt.

Natürlich hat das VS selber auch schon gezeigt, daß es genauso bereitwillig das „trotzkistische“ Umhängeschild fallen läßt, sobald es um richtig große Bündnisse geht. 1976 wollte Mandel ein Manöver mit der sozialdemokratischen PSU-Gruppe durchführen und erklärte:

„Was für einen Unterschied bedeuten schon Etiketten? Wenn wir in der politischen Arena auf politische Kräfte stoßen, die mit unserer strategischen und taktischen Orientierung übereinstimmen und die nur durch den historischen Bezug und den Namen abgestoßen werden, dann würden wir das innerhalb von 24 Stunden loswerden.“

Was für einen Unterschied bedeuten schon Etiketten? Trotzki antwortete einmal knapp auf diese Frage: „In der Politik ist der ‚Name‘ das ‚Banner‘.“ (*Writings*, 1935-36)

Nun benutzt zwar die SWP seit 20 Jahren den Trotzkiismus ungefähr so wie ein Blinder die Sonnenbrille – das heißt, er kann einige Funktionen haben, aber nicht für den beabsichtigten Zweck: die Durchführung der proletarischen Revolution. Dennoch ist Barnes' explizites Abschwören eines trotzkistischen Anspruchs ein Anzeichen für einen neuen Höhepunkt der Instabilität von Barnes' Partei. Was uns betrifft, so begrüßen wir Barnes' Rede als einen Schritt in Richtung Klarheit in der amerikanischen Linken, der dazu führt, die konkurrierenden Ansprüche auf trotzkistische Kontinuität zu klären. Und wir hoffen, daß unter den langjährigen Mitgliedern der SWP, die schon längst zu praktizierenden Sozialdemokraten degeneriert sind, vielleicht einige wenige gefunden werden können, die Barnes nicht darin folgen werden, auf den revolutionären Aktivismus ihrer jungen Tage zu spucken. Wir fordern sie dringend auf, stattdessen ihre Erfahrungen den heutigen Trotzkiisten zugänglich zu machen.

Die internationale Spartacist Tendenz wurde als Revolutionary Tendency der SWP geboren. Sie wurde 1963 dafür ausgeschlossen, daß sie das authentische revolutionäre Programm des Trotzkiismus verteidigt hat. Das ist unser Etikett, und wir tragen es stolz, voller Vertrauen in seinen zukünftigen Sieg durch die internationale proletarische Revolution.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 321, 14. Januar 1983

WORKERS VANGUARD

Democrats, Republicans Attack Workers, Blacks, Aged

Reagan's America Goes to Hell

ABONNIERT!

DM 45,- für 24 Ausgaben
DM 8,- für 10 Probeexemplare
(Versandart: Luftpost)

Lest außerdem:
Workers Vanguard Nr. 320:
„Barnestown, U.S.A.“ 1,- DM

Zu beziehen über
die Redaktionsanschrift

Holocaust...

Fortsetzung von Seite 1

gierte Idee, die europäische Bevölkerung könnte irgendwie dem dritten Weltkrieg entkommen, wenn Europa eine „atomwaffenfreie Zone“ würde, ist absurd. Aus welchem Grund und wo auch immer ein Krieg zwischen dem US-Imperialismus und der Sowjetunion ausbricht, er wird schnell zu einem Holocaust führen, der zumindest auf die gesamte nördliche Hemisphäre übergreift. Nur die erfolgreiche sozialistische Revolution, nicht zuletzt in den Vereinigten Staaten, kann den Imperialismus daran hindern, seiner schrecklichen Todestechnologie freien Lauf zu lassen.

„Raketenwahlkampf“ und der neuaufliebende deutsche Nationalismus

Es ist ein Anzeichen für die veränderte politische Situation in Deutschland, daß der Beschluß der NATO im Dezember 1979, neue Mittelstreckenwaffen in Europa zu stationieren, ursprünglich von Helmut Schmidt vorgeschlagen und gepuscht wurde, der damals Kanzler und ein wichtiger Stützpfeiler für das westliche imperialistische Bündnis war. Zur Besänftigung der pazifistischen Stimmung in Europa wurde die Stationierung davon abhängig gemacht, ob es bedeutende Fortschritte – was immer das auch heißen mag – in den Abrüstungsgesprächen zwischen USA und Sowjetunion geben

Diese gestandenen und zynischen NATO-Sozialdemokraten sind nicht, wie die amerikanischen Kalten Krieger absurderweise behaupten, von der „Friedens“offensive des Kreml eingefangen, und sie versuchen auch nicht, mit den kleinbürgerlichen ökologischen Hysterikern von den „Anti-Atomkraft“-Grünen um die „Friedens“stimmen zu konkurrieren. Die Sozialdemokraten sind vielmehr inzwischen der Meinung, daß es den Interessen des deutschen Imperialismus, besonders seinen langfristigen Ambitionen auf das von den Sowjets beherrschte Osteuropa, nützen kann, auf etwas größere Distanz zum amerikanischen Imperialismus zu gehen.

Der Aufstieg des neuen Nationalismus der „Linken“ in Westdeutschland (das vor gar nicht so langer Zeit noch der loyalste amerikanische Verbündete in Europa war) hat natürlich in Washington und ebenso in Paris die Alarmglocken schrillen lassen. So schreibt zum Beispiel der Dr. Seltsam aus Carters Regierungszeit, Zbiegniew Brzezinski: „Wir sehen, daß eine der beiden großen westdeutschen politischen Parteien eine im wesentlichen neutralistische Haltung einnimmt, deren neuer Führer, Hans-Jochen Vogel, daran geht, mit Washington und Moskau auf der gleichen Ebene zu verkehren“ (*New York Times*, 30. Januar).

Das ist reichlich übertrieben. Die deutschen Sozialdemokraten bleiben eine Partei der atlantischen Allianz (wenn auch weit weniger inbrünstig als früher). Kein prominenter SPDler hat bis jetzt auch nur in

essen heraus loszulassen? ... Die Wiedervereinigung ist auch ein Traum der Ostdeutschen, und es ist durch und durch verrückt, wenn die Russen heute den Neutralismus in Westdeutschland unterstützen. Ein neutralistisches Westdeutschland würde seine ganze Kraft aufbieten, Ostdeutschland aus dem sowjetischen Einfluß herauszubrechen.“

Es ist reine Heuchelei, wenn dieses führende Organ der amerikanischen herrschenden Klasse den Geist von Jalta heraufbeschwört, jene Teilung Europas (und speziell Deutschlands) in amerikanische und sowjetische Einflußsphären. Der amerikanische Imperialismus verteidigt nicht (und hat es nie getan) den Nachkriegs-Status-quo in Europa und hat jetzt vor, Westdeutschland in eine atomare Abschlußrampe zu verwandeln, um die Sowjetunion in Brand zu setzen und zig Millionen Russen zu töten.

Die liberale *Times*, die jetzt weinerlich den deutschen Nationalismus als Bedrohung des Friedens in Europa darstellt, hat gemeinsam mit Reagan alles in ihrer Macht stehende getan, den polnischen Nationalismus gegen die Sowjetunion aufzuhetzen. Im Herbst 1981 stand Polen am Rande des Bürgerkriegs, der in letzter Minute aufgehalten wurde, weil das stalinistische Regime den Drang von Solidarität zur Macht stoppte. Hätte Solidarność die Macht übernommen, wäre Polen zu einem fanatisch antikommunistischen Verbündeten des Imperialismus geworden, und die NATO hätte ihre Militärmacht direkt bis zur sowjetischen Grenze vorschoben können. Eine Konterrevolution in Polen hätte innerhalb kurzer Zeit die Wiedervereinigung Deutschlands auf kapitalistischer Grundlage aufgeworfen.

Die Demagogen der SPD, die „linken“ Nationalisten, legen die Basis für ein revanchistisches Viertes Reich, indem sie das nationale Gefühl der deutschen Arbeiterklasse und ihren Wunsch nach Frieden ausschalten. Unter einer wirklich kommunistischen (trotskistischen) Führung könnte das deutsche Proletariat im Westen und im Osten die Avantgarde für die sozialistische Revolution in Westeuropa und die politische Revolution zum Sturz der parasitären Bürokratie im Sowjetblock sein. Westdeutschland ist die vorherrschende ökonomische Macht im kapitalistischen Europa. Und der ostdeutsche deformierte Arbeiterstaat ist selbst das zehntstärkste Industrieland der Welt. Ein vereinigter deutscher Arbeiterstaat wäre das industrielle Machtzentrum der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Das ist das Programm der Trotskistischen Liga Deutschlands, deutsche Sektion der internationalen Spartacist Tendenz, die sowohl die offen reaktionären Christdemokraten als auch die Sozialdemokraten und deren grünes Umfeld bekämpft.

Nicht Entspannung, sondern internationale proletarische Revolution

Es sind nicht nur die Europazifisten und Reagans politische Gegner, die die Vorzüge der Entspannung mit der Sowjetunion predigen. Führende europäische Fürsprecher der NATO-Nachrüstung wie Mitterrand und CDU-Führer Helmut Kohl sprechen sich ebenfalls für „Entspannung“ aus, besonders wenn es um Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten geht. Ist das ein Widerspruch? Keinesfalls. Für die europäischen Imperialisten ist Entspannung eine Alternativstrategie, die ihren spezifischen Kapazitäten entspricht, um die Sowjetmacht in Osteuropa zurückzurollen. Die deutsche Bourgeoisie weiß, daß sie heute keinen Krieg gegen die Sowjetunion gewinnen kann, aber sie besitzt allerdings die Kapazität, den sowjetischen Block ökonomisch zu unterminieren und politisch zu erschüttern.

In Polen hat die Entspannungstaktik mit dem Ziel der Konterrevolution fast zum Erfolg geführt. Die massiven Kredite der Frankfurter Bankiers an Warschau in den siebziger Jahren riefen eine Orgie der Korruption in der bürokratischen Elite hervor und trieben das Konsumniveau der polnischen Arbeiter und Bauern auf eine Höhe, die nicht aufrechterhalten werden konnte. In vulgärer, übertriebener Weise erklärt ein amerikanischer Kalter Krieger, wie die Entspannung zu der antikommunistischen

Explosion in Polen 1980/81 beitrug:

„Die Entspannung liberalisiert die herrschenden leninistischen Parteien nicht, sie korrumpiert sie – auf organisatorischer, ideologischer und persönlicher Ebene. In Polen korrumpierte die vollständige Verpflichtung des früheren Parteisekretärs Edward Gierek auf internationale Entspannungspolitik ebenso vollständig die Führung der Kommunistischen Partei.“ (Richard Spielmann, „Crisis in Poland“, *Foreign Policy*, Winter 1982/83)

Den europäischen Imperialisten erscheint es weniger riskant, innere konterrevolutionäre Kräfte im Sowjetblock zu fördern, als zu versuchen, einen atomaren Erstschatz zu landen. Aber beides schließt sich keineswegs gegenseitig aus.

Da die stalinistische Bürokratie international instinktiv die proletarische Revolution fürchtet, müssen die Kremelführer die Illusion einer „friedlichen Koexistenz“ sogar mit Reagans Amerika aufrechterhalten. So erneuerte Andropow vor kurzem das Angebot eines „Nichtangriffspakts“ zwischen NATO und Warschauer Pakt. Ein „Nichtangriffspakt“ mit Reagan hat etwa den gleichen Wert zum Schutz der Sowjetunion wie der Hitler-Stalin-Pakt von 1939.

Alle bürgerlichen, kleinbürgerlichen und reformistischen Kräfte, von denen der Kreml sich eine „friedliebende“ Politik erhofft, sind mehr oder weniger Bestandteil der von Reagan geführten antisowjetischen Kriegshetze. In den USA sind die ideologischen Führer der „Freeze“-Bewegung und die Advokaten „Gegen den Erstschatz“ bekannte Vietnam-Kriegsverbrecher wie Robert McNamara und McGeorge Bundy. Diese Kalten und heißen Krieger der Demokratischen Partei wollen einfach ein rationales Verhältnis zwischen atomarer und konventioneller Bewaffnung, um gegen die Sowjetunion vorzugehen. In Britannien begrüßte der Sozialdemokrat E. P. Thompson, ein Führer der „Bewegung für atomare Abrüstung in Europa“, Reagans Nulllösung tatsächlich als „bemerkenswert neue Töne“ und meinte, es fehle nur noch das „Einfrieren“, dann könne man die Sache voll und ganz unterstützen. Die angeblich moskautreuen französischen Kommunisten sind loyaler Bestandteil der Regierung von Reagans kriegsrischtem europäischen Verbündeten, François Mitterrand und bejubelten sogar seine antisowjetische Rede vor dem Bundestag. Und die italienischen Kommunisten haben beschlossen, nichts gegen die Stationierung von Cruise Missiles in Italien zu unternehmen, um ihre Hoffnungen auf einen „Historischen Kompromiß“ mit dem Vatikan nicht zu zerstören. Wenn das die „Friedens“freunde sind ...

Die Sowjetunion, das Land der Oktoberrevolution, ist in Gefahr. Und nicht nur durch Kriegsdrohungen, sondern durch atomare Kriegspläne. Die Suche nach einer Volksfront mit irgendeinem „friedliebenden“ Flügel der imperialistischen Bourgeoisie ist schlimmer als eine Illusion, es ist eine direkte Gefahr für die sowjetische Verteidigung. Nur die Wiedergeburt des revolutionären proletarischen Internationalismus kann die Sowjetunion verteidigen, indem der Kapitalismus auf der ganzen Welt zerstört wird. Dazu ist eine trotskistische Welpartei notwendig, um die sozialistische Revolution im kapitalistischen Teil der Welt zu führen und die konterrevolutionäre stalinistische Bürokratie durch die politische Revolution des Proletariats zu stürzen. Das Schicksal der Menschheit steht auf dem Spiel.

Übersetzt aus Workers Vanguard
Nr. 322, 11. Februar.



Bonn, 10. Juni:
Nur die Trotskisten der internationalen Spartacist Tendenz bekämpfen den Nationalismus der „Friedens“-bewegung und Revanchismus in sozialdemokratischen Farben

würde. Dieser Vorbehalt hatte nur eine Alibi-funktion und wurde in den Hauptstädten der NATO nicht ernst genommen.

Als die Kriegshetze aus Washington immer stärker wurde, zuerst unter Carter und dann unter Reagan, wuchs in Europa eine allgemeine Opposition gegen die NATO-Nachrüstung. Die Abrüstungsverhandlungen wurden zu einer anstrengenden Übung, um die Herzen und Köpfe von Millionen von Westeuropäern zu beeinflussen, die vor dem wachsenden Gespenst eines dritten Weltkriegs erschrecken. Im November 1981 startete Reagan mit seiner berühmten „Nulllösung“ eine „Friedensoffensive“. Die Russen wiesen das natürlich sofort zurück und haben seither eigene Gegenvorschläge gemacht. Erst vor kurzem bot Andropow an, die sowjetischen Mittelstreckenraketen auf die Anzahl der in Britannien und Frankreich stationierten zu beschränken. Das wurde von Reagan, Mitterrand und Margaret Thatcher kategorisch abgelehnt.

Aber die SPD begrüßte das Angebot. Schmidt unterstützte Andropows Vorschlag gegen die „Nulllösung“ Reagans:

„Versetzen Sie sich mal in die Lage der Sowjets. Dann müßten Sie auch daran denken, daß die anderen Atomkräfte, Großbritannien und Frankreich, ihre Mittelstreckenwaffen abbauen, die sowjetische Territorium erreichen können.“ (*Der Spiegel*, 31. Januar 1983)

Und der SPD-Vorsitzende Brandt schlägt vor, die vorgesehene Stationierung der Pershings solle zugunsten weiterer Verhandlungen zwischen Washington und Moskau aufgeschoben werden.

Andeutungen von einem Rückzug aus der NATO gesprochen. Aber die Partei bewegt sich in Richtung eines deutschen Nationalismus, der zwischen der Sowjetunion und dem amerikanischen Imperialismus balanciert. Das rechte SPD-Vorstandsmitglied Hans Apel, der frühere Verteidigungsminister, hebt in seinen Wahlkampfreden hervor: „Wir sind dagegen, dem Westen gegenüber Unterwürfigkeit zur Schau zu stellen und dem Osten gegenüber den starken Mann zu spielen.“

Schmidt, Brandt, Vogel & Co. warten auf den Tag, an dem sie Preußen und Sachsen der sowjetischen Bürokratie wieder entreißen können. Ein „neutralistisches“ Deutschland bedeutet ein wiedervereinigtes kapitalistisches Deutschland. Stalin hat 1952 ein solches Angebot gemacht, aber damals war die deutsche Bourgeoisie zu schwach gegenüber den Amerikanern, um es anzunehmen. Stalins Erben haben heute nicht im Sinn, Ostdeutschland den Frankfurter Bankiers und den Ruhrkapitalisten zu überlassen, aber sie sind mehr als bereit, den neuen Nationalismus der „Linken“ in Westdeutschland zu ermutigen.

Ein Editorial der *New York Times* (4. Februar) hat tatsächlich den Nerv, die Russen davor zu warnen, den bösen Geist des deutschen Nationalismus aus der Flasche zu lassen:

„Keine Diplomatie in diesem Jahrhundert war verheerender als diejenige, die den deutschen Nationalismus unterschätzt hat... Wie kann es irgendein politischer Führer des 20. Jahrhunderts wagen, diese unheilvolle Macht aus kurzfristigen Inter-

Kontaktadressen

FRANKFURT:
Postfach 16 747
6000 Frankfurt/Main 1
Tel.: 0611/72 70 54

HAMBURG:
Postfach 20 14 34
2000 Hamburg 20

WESTBERLIN:
Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Tel.: 030/882 11 75

Barbie . . .

Fortsetzung von Seite 4

Dulles, Chef der CIA in den fünfziger Jahren, warum die Vereinigten Staaten mit Gehlen zusammenarbeiteten: „Er ist auf unserer Seite, und das ist das einzige, was zählt. Abgesehen davon braucht man ihn ja nicht in seinen Klub einzuladen.“ (John Loftus, *The Belarus Secret*) (Es ist erwähnenswert, daß Henry Kissinger bei der Rekrutierung von Ex-Nazis für antisowjetische Aktivitäten Blut daran leckte, dunkle Untergrundaktionen durchzuführen – *Atlantic Monthly*, Dezember 1982.)

Französische Kollaboration und der Mythos der Resistance

Für die Franzosen wärmt *L'affaire Barbie* die unangenehme Geschichte der Kollaboration mit den Nazis wieder auf. Für die Bourgeoisie wird sie aus dem Reich der Toten geholt, wo sie sie gerne belassen hätte: „Die Teufel wieder ausgegraben“, klagte die Schlagzeile von *Le Figaro*.

Die Regierung Mitterrands spricht von einem Prozeß, der das geschichtliche Protokoll der Nazi-Grausamkeiten wiederaufnehmen soll. Doch diese historische Neuuntersuchung verspricht in Wirklichkeit nur Heuchelei, und soll auf das Aufpolieren des chauvinistischen Volksfrontmythos von der „Resistance“ begrenzt werden, nach dem Frankreich eine Nation von 30 Millionen Patrioten war, die gegen die deutschen Besatzungstruppen und eine Handvoll von schändlichen Kollaborateuren standen. Daher hat sich die bürgerliche Presse zielstrebig auf Barbies Mord an dem Resistanceführer Jean Moulin im Juni 1943 konzentriert. Eine von Mitterrands ersten offiziellen Handlungen bestand darin, das Andenken an Moulin zu feiern, der, als ein „Mann der Linken“ von de Gaulle zu seinem Emissär an die Resistancetruppen auserwählt, die „nationale Einheit“ der Volksfront gegen Frankreichs historischen imperialistischen Rivalen verkörpert.

Heute existiert bei einem beträchtlichen

Teil der bürgerlichen öffentlichen Meinung Frankreichs Unbehagen über die Barbie-Affäre, weil sie um die Zerbrechlichkeit des sozialpatriotischen Mythos der „Resistance“ weiß. Denn außerhalb Osteuropas wurde in Frankreich die massivste Kollaboration mit dem Naziregime geleistet. Das war nicht bloß ein Akt von einigen wenigen Kollaborateuren. Die überwältigende Mehrheit der französischen Bourgeoisie, erschreckt von den Massenstreiks von 1936 und dem Gespenst der Pariser Kommune (Ergebnis der letzten militärischen Niederlage Frankreichs!) zog die Besatzung der Gefahr der Arbeiterrevolution vor. Sogar die Sozialistische Partei mußte zwei Drittel ihrer Mitglieder in der Nationalversammlung wegen Kollaboration mit dem Pétain-Regime ausschließen.

Daher bot sich Vichy, das zwar seine Armee, nicht aber seine Polizei verloren hatte, als williger Verbündeter der europäischen „Neuen Ordnung“ an. Bei Kriegsende stand die französische Bourgeoisie diskreditiert da. Zur erneuten Stabilisierung des französischen Kapitalismus bedurfte es der US-Imperialisten und der Hilfestellung der reformistischen Arbeiterparteien (allen voran die Stalinisten, die einen Block mit de Gaulle eingingen und seine Autorität aufbauten). Deshalb bedeuteten die Nachkriegsprozesse wegen Kollaboration nie mehr als Halbmaßnahmen, und deshalb bleibt die Rache für Kriegsverbrechen selbst heute noch eine so brennende Frage in Frankreich.

Die Vernichtung von sechs Millionen Juden ist ein explosives Thema in Frankreich. Denn noch bevor die Deportationen in die Todeslager der Nazis begonnen hatten, waren 3000 Juden in Pétains Konzentrationslagern bereits tot. In den allerersten Monaten an der Macht erließ das Vichy-Regime eine Reihe antisemitischer Gesetze, die keineswegs von den Nazis diktiert waren. Und im August 1942 war es erneut Vichy – und nicht die Nazis –, das die Deportation jüdischer Kinder in die Gaskammern vorschlug. Es ist unbestreitbar, daß die Massenverhaftungen ohne die Hilfe der französischen Polizei nie hätten stattfinden können. Bis zum späten Ende der Besatzung konnten ein Jude oder ein Widerstandskämpfer verhaftet, verurteilt, eingesperrt und deportiert werden, ohne je

einen deutschen Soldaten oder einen SS-Mann zu Gesicht bekommen zu haben. Die Umstände waren für Juden in Vichy-Frankreich so gefährlich, daß sich viele in die relative Sicherheit des von den Italienern besetzten Nizza flüchteten.

Aber der offizielle Terror ging nicht nur unter den Nazis vor sich. Er wurde im „demokratischen“ Frankreich oft durch dieselben Männer fortgesetzt. Denken wir an den Fall von Maurice Papon, während des Krieges Polizeipräsident in Bordeaux. Der gleiche Papon wurde de Gaulles Polizeikommissar in Paris und Minister im Regime Giscard. Was könnte besser die abstoßende Rolle des französischen bürgerlichen Staates während der „Endlösung“ veranschaulichen? Papon, der endlich im letzten Monat wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ angeklagt wurde, war für das Zusammenreiben von tausenden jüdischen Kindern und ihre Deportation verantwortlich.

Anschließend als „demokratischer“ Wächter von „Recht und Ordnung“ des Kapitalismus, steckte Papon bis zum Hals in anderen Verbrechen der französischen Bourgeoisie, die ein noch größeres Tabu sind – Folter und Massenmord in den schmutzigen Kolonialkriegen, die von allen französischen Regierungen (einschließlich jeder der verschiedenen Nachkriegsvolksfronten) von 1945 bis 1962 geführt wurden. Am 17. Oktober 1961 unterdrückte Papons Polizei in Paris in brutaler Weise eine friedliche Demonstration von algerischen eingewanderten Arbeitern für die Unabhängigkeit Algeriens. Etwa 12 000 Algerier wurden zusammengetrieben und in improvisierte Konzentrationslager gebracht. Die Polizei eröffnete das Feuer aus Maschinengewehren oder folterte und ertränkte darauf ihre Opfer in der Seine. Niemand weiß genau, wieviele starben, aber ihre Zahl muß in die Hunderte gehen.

Doch der „Oktober in Paris“ ist aus dem historischen Gedächtnis verschwunden, als hätte er nie stattgefunden. Und im letzten Sommer rehabilitierte Mitterrand (der als Innenminister in den ersten Jahren des Algerienkrieges ebenfalls schuldig ist) die letzten Generale der OAS (der terroristischen Organisation der französischen Armeeoffi-

ziere und der *pieds noirs* in Algerien, die sich gegen de Gaulle wendeten, als dieser den Rückzug Frankreichs aushandelte).

Der Tod hätte Barbie schon vor langer Zeit holen müssen

Es überrascht daher nicht, daß Barbie sich damit verteidigt, daß der französische Staat kein Recht habe, ihn zu verurteilen. Vielleicht hat Holland, wo Barbie ebenfalls seine dreckige Arbeit für die Gestapo verrichtete, und wo 1942 ein Generalstreik gegen die Deportation der Juden durchgeführt wurde, einen höheren Anspruch darauf, ihn zu verurteilen. In jedem Falle hoffen wir, daß Barbie bei dem Versuch, seine Haut zu retten, so viele französische Beamte wie möglich belasten wird.

Als Klaus Barbie in Lyon ankam, wurde die Tochter eines Deportierten (die selbst im Alter von fünf Jahren in das Lager bei Drancy geschickt worden war) verhaftet, weil sie ein geladenes Gewehr bei sich trug. Es ist zutiefst bedauerlich, daß sie keinen Erfolg hatte (im Unterschied zu Solomon Schwartzbard, einem jüdischen Anarchisten, der 1926 in Paris den ukrainischen Hetman Petlyura, den Verantwortlichen für Massenpogrome während des russischen Bürgerkrieges, hinrichtete; Schwartzbard wurde in einem berühmten Prozeß freigesprochen). Denn es steht außer Zweifel, daß Barbie den Tod verdient.

Die französische Rechte jedoch benutzt den Fall Barbie als Aufhänger, um eine Kampagne für die Wiedereinführung der Todesstrafe in Gang zu bringen. Als Kommunisten sind wir gegen die Todesstrafe. Wir wissen aber auch, daß es nach einem blutigen Krieg eine Menge gerechtfertigter Hinrichtungen gibt. Das Schicksal von Kriegsverbrechern wie Barbie sollte von einem Tribunal ihrer überlebenden Opfer entschieden werden. Er sollte von den Juden von Buchenwald und Auschwitz, den gefolterten Franzosen von Lyon, den deutschen Kommunisten und Sozialisten, die er in Holland gejagt hat, abgeurteilt werden. Aber selbst diese elementare Maßnahme der Gerechtigkeit wird nicht von dem bürgerlichen Staat kommen, ob nun Volksfront oder nicht.

Ohne die Rettungsoperation des US-Geheimdienstes wäre Barbie vor langer Zeit getötet worden – und das zurecht. (Die Nazi-Massenmörder, die nach dem Krieg in die Hände der Sowjets gefallen sind, wurden bis 1946 alle gehängt.) Das ist die Kernfrage in der Barbie-Affäre: Der antikommunistische Imperialismus braucht seine Barbies und Mengeles. Die CIA rekrutiert nicht nur die Faschisten der Vergangenheit, sondern auch die der Zukunft. Anders kann der konterrevolutionäre, antisowjetische Imperialismus nicht auskommen.

Für alle seine Verbrechen ist es noch nicht einmal eine Anzahlung auf die Gerechtigkeit, wenn der französische Staat Barbie jetzt in den Tod oder in die französische Version des Spandauer Gefängnisses schickt. Gerechtigkeit wird es geben, wenn die sozialistische Revolution der bürgerlichen Herrschaft ein Ende macht und den faschistischen Terror für immer vom Gesicht der Erde wegfegt. ■

30. Januar . . .

Fortsetzung von Seite 2

Es gab eine Kraft in der KPD, in der Kommunistischen Internationale, das war die Linke Opposition Trotzki, die Bolschewiki-Leninisten, die mit ihrer Zeitung *Permanente Revolution* und mit der beispielhaften Einheitsfrontaktion in Oranienburg und Bruchsal den Kampf geführt hat, die Faschisten durch unabhängige proletarische Mobilisierung zu stoppen. Und das ist eben nur möglich mit der Perspektive der proletarischen Revolution, wenn man nicht auf dieses kapitalistische System Rücksicht nimmt. 1933 war das Todesurteil für den revolutionären Anspruch von KPD und Kommunistischer Internationale. Die Politik „nach Hitler kommen wir“ ist von der KI einfach abgedeckt

worden. Auf dem Siebten Weltkongreß 1935 hat sie den Schluß gezogen, das gleiche Programm anzunehmen, das die Sozialdemokratie schon seit 1914 hatte: man muß den kapitalistischen Staat reformieren und anders verwalten, dann kann man schon die Faschisten stoppen, so kann man auf friedlichem Wege zum Sozialismus kommen. Das ist die Politik, die heute die DKP durchführt und die man bei den Demonstrationen am 30. Januar gesehen hat. Sie propagieren das schwarz-rot-goldene Banner, die Illusion von einem friedlichen deutschen Imperialismus, der dem amerikanischen entgegengestellt wird. Wir sagen: Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Es gibt eine Alternative zu diesen Volksfrontmobilisierungen, zu diesem parlamentarischen Kretinismus, das ist die Mobilisierung der Arbeiterklasse. Als Hunderttausende von Arbeitern im Herbst auf die Straße gegangen sind, haben wir nicht einfach beiseitegestanden und gesagt, das ist ja alles für den Staat. Wir haben propagiert: Die vereinzelt Streiks und Betriebsbesetzungen, die es überall gegen Entlassungen, Betriebsstillegungen, Kurzarbeit usw. gibt, müssen zusammengefaßt werden: „Räumt die Kohl-Regierung weg durch Massenstreiks! Brecht mit der SPD! Für eine Arbeiterregierung!“ Solch eine Mobilisierung unterläuft genau die Absichten der Sozialdemokratie und konfrontiert die Arbeiterklasse mit der Notwendigkeit, mit der Sozialdemokratie als Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung zu brechen.

Wir glauben nicht an die Illusion von einem neutralen friedlichen Deutschland, sondern wir wissen, entweder werden die deutschen Kapitalisten, die allerdings die nationalen Gefühle der westdeutschen Arbeiterklasse und der übrigen Bevölkerung dazu benutzen, eine kapitalistische Wiederoberung der DDR durchzusetzen, oder die Arbeiterklasse kämpft für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands. Der eine Weg, die Schaffung eines kapitalistischen Großdeutschland, die Eroberung Polens und ein neues „Barbarossa“ zur Zerschlagung der



Die Zeitung der trotzkistischen Linken Opposition der KPD, *Permanente Revolution*, propagierte die Mobilisierung sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter in Einheitsfrontaktionen gegen die Faschisten. Sie forderte „Brecht reformistischen Verrat und bürokratische Manöver“ und organisierte in Oranienburg und Bruchsal beispielhafte Aktionen gegen die Nazis

Sowjetunion, bedeutet einen atomaren Holocaust in Europa, in dem allerdings mindestens alle auf der nördlichen Halbkugel draufgehen werden. Der andere Weg, die Vereinigung der Arbeiterklasse für eine proletarische Revolution in Westdeutschland und für eine politische Revolution in der DDR, ist der einzige Weg, der Frieden in der Welt schaffen kann, indem die Arbeiter die Kapitalisten entwaffnen und diese Waffen selber in die Hand nehmen, bis alle vom Erdball beseitigt sind, die ein Interesse an Ausbeutung, Aufrüstung und Krieg haben. ■

LE BOLCHEVIK 4

Pour la défense militaire de l'URSS!
Aucune illusion dans la détente!

Le coq antisoviétique au Bundestag

Les O.S. contre l'Etat-patron

Une industrie, un syndicat!

abonnez-vous au Bolchévik

1 an (10 numéros): 15,- DM

Commande:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1
Postscheckkonto Ffm 119 88 - 601
(Verlag Avantgarde GmbH)

TKP Leninistleri üzerine yazılar

-Stalinizme karşı Troçkizm
-Polonya ve TKP/L

international Spartacist tendency

2,50 DM

- Troçkismus gegen Stalinismus
- Polen und TKP/L

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1
Postscheckkonto Ffm 119 88 - 601
(Verlag Avantgarde GmbH)

Dev Sol . . .

Fortsetzung von Seite 12

NATO-Soldateska schicken, Millionen türkische und kurdische Arbeiter in die Slums von Istanbul, Izmir und Ankara zurückverfrachten. Die 400 Millionen DM erneuter Bonner Wirtschaftshilfe im Dezember und die Leopard-Panzer-Lieferungen an die türkischen Pinochets dienen nicht nur der Aufpöpelung des wichtigsten antisowjetischen Bollwerks an der Südostflanke der NATO – das ist gleichzeitig *Kopfgeld*, um die türkischen Arbeiter problemloser aus Westdeutschland hinauszuwerfen und sie in Zukunft raushalten zu können. Für den Fall eines Wahlsieges der Unionsparteien hat Strauß-Intimus Zimmermann schon die Pläne für Massenausweisungen zur Hand. Ein Kernstück der geplanten massiven Verschärfung der Ausländergesetze ist die Reduzierung des Höchstzuzugalters für Kinder ausländischer Arbeiter auf sechs Jahre. Während die Sozialdemokratie Empörung über Zimmermanns Vorgehen heuchelte, hat sie selber während ihrer dreizehnjährigen Regierungstätigkeit Linke an die Mörderjunta ausgeliefert, hunderttausende türkische Arbeiter „nach Hause“ geschickt und dem bankrotten Mörderregime in Ankara mit Milliarden spritzen immer wieder auf die Beine geholfen. In Nordrhein-Westfalen und Hamburg haben sie die Illegalisierung von Dev Sol selbst durchgeführt. Wie der Ex-Juso-Boß und Evrens Public Relations-Mann Karsten Voigt nach seiner Türkeireise 1981 erklärte:

„Die Türken haben uns über die Gruppen informiert, die sie als linksextreme türkische Gruppen in der BRD empfinden. Wir werden diese Informationen, die uns dort gegeben worden sind, natürlich den deutschen Sicherheitsorganen zustellen.“ (türkei information, Mai 1981, Hervorhebung von uns) Die reaktionäre Asylgesetzgebung und -praxis ist schon unter der Sozialdemokratie derart perfektioniert worden, daß „1982 kein Türke in der Bundesrepublik Asyl bekom-

men“ hat, wie der linke kurdische Rechtsanwalt Serafettin Kaya feststellt, der nach schweren Folterungen durch Evrens Schergen fliehen konnte. Die zahllosen skandalösen Ablehnungsbescheide von Asylanträgen linker verfolgter Ausländer wie Kaya durch westdeutsche Gerichte lauten dann: „Folter ist in der Türkei ein allgemeines Phänomen . . . Mit politischer Verfolgung hat dies nichts zu tun“ (Frankfurter Rundschau, 1. Dezember 1982)! Gleichzeitig fühlen sich die faschistischen Grauen Wölfe in Westdeutschland so sicher, daß sie hier ihre Zentrale für ihre Terroraktionen in Westeuropa aufgemacht haben. Die „demokratischen“ Imperialisten und ihre sozialdemokratische Agentur in der Arbeiterbewegung stehen zu ihren Arbeiterschlächtern am Bosphorus!

Zimmermanns Dev Sol-Verbot dient als Testballon, um dann nach einem möglichen Wahlsieg von CDU/CSU am 6. März offen zum Halali auf „Extremisten“ und „Fremdarbeiter“ blasen zu können. „Deutschland den Deutschen“, heißt die rassistische Tageslosung der Bourgeoisie. Die Arbeiterbewegung muß das Dev Sol-Verbot und die reaktionären Pläne der Kapitalisten durch internationalistische Klassenaktion zerschlagen. Aber wie reagiert die Linke? Voll im Wahlkampf „im deutschen Interesse“ zugunsten der reformistischen SPD oder der Grünen aufgehend, steckt sie gegenüber dem Verbot einer ausländischen linken Organisation wie Dev Sol den Kopf in den Sand oder sanktioniert die Kriminalisierung sogar. Die DKP rang sich in *Unsere Zeit* (12. Februar) ein Lippenbekenntnis ab: „Verbot richtet sich gegen alle Demokraten“ . . . ohne die Aufhebung des Verbots zu fordern, geschweige denn zu handeln. Und die „internationale Solidarität“ des KB? Als Bestandteil des Frankfurter Türkei-Komitees zeichnet er mitverantwortlich für eine Türkeiveranstaltung mit dem Denunzianten Karsten Voigt auf dem Podium! Die deutschen Patrioten der AL in der Frontstadt Westberlin beschwerten sich in einem Brief an Zimmermann: „Wir sehen durch die genannten Gruppen weder die Si-

cherheit noch den Bestand der BRD gefährdet und werten das Verbot als einen Eingriff in die innenpolitischen Verhältnisse der Türkei“ (die tageszeitung, 15. Februar). Die türkische Junta wird mit Dev Sol und anderen Linken, von denen Zehntausende in den Folterkellern sitzen, mit den „genannten Gruppen“ schon alleine fertig, soll das wohl heißen! Und die AL-Abgeordnete Rita Kante mir erdreistete sich zu der Forderung, „man sollte lieber die Ehemänner ausweisen als die gepeinigten Ehefrauen“ (Courage, Februar). Bessere Helfershelfer als die um die „Sicherheit“ des deutschen Imperialismus besorgten Alternativen können sich Zimmermann und Konsorten kaum wünschen.

Wo es Demonstrationen gab, liefen sie wie etwa in Hamburg unter der Parole „Freie politische Betätigung für demokratische Ausländer“ (Hervorhebung von uns). Auch die türkischen Linkstalinisten von İçinin Sesi treten nur für die Verteidigung von „demokratischen“ Organisationen ein. Und wer sind die „undemokratischen“ Linken, die man dem bürgerlichen Staat ruhig ans Messer liefern kann? Die kriminelle Konsequenz der Forderung, mit Verboten gegen die Faschisten vorzugehen, führt dann natürlich dazu, daß der bürgerliche Staat im Namen des Kampfes gegen den „Extremismus“ gegen die Linke vorgeht.

Die „Anti“-Nationalisten der MG schert das Dev Sol-Verbot einen feuchten Kehricht. „Was geht uns das am?“ Diese deutschen Kleinbürger, die sich am liebsten an den Universitäten verstecken möchten, um selber ungeschoren davonzukommen – welch Illusion –, spucken auch eingestandenmaßen auf die Verteidigung demokratischer Rechte. Für Kommunisten dagegen ist die Verteidigung des Rechts der Arbeiterklasse, sich zu organisieren, die Verteidigung aller demokratischen Rechte, die sich das Proletariat erst erkämpfen mußte, unabdingbare Voraussetzung, um die Diktatur der Bourgeoisie durch die sozialistische Revolution zu zerschlagen.

Wir lehnen die kleinbürgerliche Politik des

individuellen Terrors von Dev Sol als *Verzweigungsstrategie* ab, die dem Proletariat als Klasse den Rücken kehrt. Mit der Botschaftsbesetzung nahmen sie ein blutiges Ende für die dort anwesenden 50 türkischen Arbeiter in Kauf, und sie änderte nichts an der brutalen Unterdrückung des türkischen Proletariats durch die Junta. Aber die Verteidigung von Dev Sol und Halk Der gegen die Hexenjagd des bürgerlichen Staates ist die Pflicht eines jeden proletarischen Internationalisten.

Die zentrale Barriere gegen gewerkschaftliche Massenmobilisierungen ist die Gewerkschaftsbürokratie als Büttel der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer – deren türkischsprachige Ausgabe der *metall* von der Soldateska in Ankara gerade verboten wurde – begrüßten Zimmermanns Verbot, forderten die „schnellstmögliche“ Ausweisung der „Extremisten“ in die türkischen Folterkeller. Wortführer Siegfried Bleicher (DGB-Vorstand) bat den bürgerlichen Staat gleichzeitig um das Verbot der Grauen Wölfe. Diese skandalöse chauvinistische Politik muß von klassenbewußten Arbeitern in den Gewerkschaften bekämpft werden. Klassenkampfaktionen zur Zerschlagung des Dev Sol-Verbots und der rassistischen Offensive gegen die ausländischen Arbeiter müssen verbunden werden mit dem Kampf für eine revolutionäre Gewerkschaftsführung, für den Aufbau einer revolutionären internationalistischen Arbeiterpartei, die die deutschen und ausländischen Arbeiter zum gemeinsamen Sieg über die Kapitalistenklasse führt. **Schluß mit der Treibjagd auf Ausländer! Verteidigt Dev Sol/Halk Der durch Klassenaktion! Sofortige Freilassung, keine Abschiebung der Konsulatsbesetzer! Abschiebung ist Mord – Politisches Asyl für alle verfolgten linken Ausländer! Volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter und ihre Familien! Zerschlagt das Graue Wölfe/Nazi-Pack durch gewerkschaftliche Selbstverteidigungsgruppen – keine Verbotsappelle an den bürgerlichen Staat! Für eine Arbeiter- und Bauernregierung in der Türkei! ■**

Washington . . .

Fortsetzung von Seite 12

gung auf die ganze Welt und vor allem auf Rußland ausdehnen, um es für die Erbsünde der Revolution zu bestrafen.

Der Klan ist das Symbol und die Speerspitze der rassistischen Reaktion in Amerika. Wenn er hier in Washington ungeschoren davonkommt, wird das seinen Appetit nach noch mehr rassistischer Gewalt anheizen. Es ist nicht eine Frage des Rederechts. . . . Wo der Klan sich stark genug fühlt, dort mordet er. Denkt an Greensboro (dem Massaker von 1979, als der Klan vor laufenden Fernsehkameras fünf Linke erschöß). . . .

Es ist die Aufgabe der Arbeiterbewegung, den Kampf zur Zerschlagung des rassistischen Terrors von Klan und Nazis anzuführen. . . .

Die Teilnahme der organisierten Arbeiterbewegung war von zentraler Bedeutung für die Demonstration. Die erste Unterstützung kam aus Norfolk/Virginia und von den vornehmlich schwarzen Hafnarbeitergewerkschaften aus der größten Arbeiterkonzentration im Südosten der USA. In wenig mehr als einer Woche unterstützten mehr als siebzig Gewerkschaftsführer und -Ortsgruppen aus dem ganzen Land die Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung. Die Teilnahme starker, verantwortlicher Gewerkschafter im Schutztrupp der Demonstration war entscheidend für die Sicherheit des disziplinierten, militanten Protests.

Tausende von schwarzen Werk tätigen und Arbeitslosen, die gekommen waren, um den Klan zu stoppen, bekamen am 27. November einen kleinen Geschmack ihrer Macht. Der Klan wurde gestoppt und als die Polizei sich zurückzog, strömten die Klan-Gegner auf die Straßen und zum Capitol. Sie übernahmen die Route, die der Klan ursprünglich für seinen Aufmarsch geplant hatte, stoppten den Verkehr, als sie beim Weißen Haus vorbeikamen und sammelten sich im Lafayette-Park, an dem Ort, wo der Ku Klux Klan seine Kundgebung für den Völkermord abhalten wollte. „Es gibt keine weißen Roben hier – nur die roten Banner der Arbeiterklasse“, erklärte Spartacist-Sprecher Al Nelson, während die Polizisten am Rande des Parks Tränengas einsetzten.

Kilometer entfernt von dem Platz, wo die Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung den Klan stoppte, hielt der reformistische All Peoples Congress (Frontgruppe der reformistischen, antisowjetischen Workers World Party) eine zahme und winzige Kundgebung mit der Absicht ab, die Empörung gegen den Ku Klux Klan in eine Wahlunterstützung für die Demokraten zu kanalisieren. Die Marcy-Anhänger hatten Aktion gegen den Klan versprochen, aber nur geschwätzige reformistische Reden geschwungen, und schließlich Sperrketten gegen die von ihnen mobilisierten Leute gebildet, um sie zurückzuhalten. Einige der frustrierten Jugendlichen brachen aus, um auf eigene Faust etwas zu tun, eine Gelegenheit für die Polizei, die mit Knüppeln und Tränengas gegen sie vorging.

Die reformistische Socialist Workers Party, Schwesterorganisation der GIM, glänzte bei der Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung durch Abwesenheit. Die SWP, die sich offen dazu bekennt, mit Faschisten zu diskutieren, beschäftigte sich in ihrer Berichterstattung im *Militant* nicht mit der Frage, wie der Klan zu stoppen ist, sondern sorgte sich wie die gelbe, bürgerliche Journaille darum, „Wer war verantwortlich für die Gewalttätigkeiten, die ausbrachen“. Sie spielte genauso wie die stalinistische KP am 27. November keine Rolle in dem Kampf zur Vertreibung des Ku Klux Klan aus Washington. Als unsere Genossen der Spartacist League in Norfolk/Newport News (wo wir durch unsere Aktion ebenso wie in Washington den Grundstein für eine neue Ortsgruppe legten) lebhaft Diskussionen mit Werftarbeitern über den erfolgreichen Kampf in Washington führten und frustrierten SWP-Verkäufern zuriefen „Wo wart ihr am 27. November, als 5000 von uns den Ku Klux Klan stoppten, habt ihr gerade wieder einmal mit Faschisten im Fernsehen dis-

kutiert?“, zogen die Reformisten demoralisiert ab, ohne ein Wort zu erwidern, ohne eine Zeitung verkauft zu haben.

Ein erfolgreicher Klan-Aufmarsch in Washington hätte grünes Licht für massiv verschärften Klan-Terror gegen Schwarze, Immigranten, Juden, Linke und streikende Arbeiter bedeutet. Es war das Zusammenreffen des kommunistischen Programms der Spartacist League mit der bitteren Entschlossenheit der schwarzen Massen Washingtons, das die faschistische Klan-Provokation am 27. November verhinderte. Deshalb ist eine marxistische Avantgarde-Partei notwendig, wie die Bolschewiki unter Lenins und Trotzki's Führung: um als kollektives Gedächtnis der revolutionären Arbeiterklasse und als „Volkstribun“ aller Unterdrückten zu handeln. Die Kampfbereitschaft unter den Unterdrückten und Ausgebeuteten des Kapitalismus ist da, notwendig ist die Führung mit dem Programm für den Sieg. Für die Befreiung der Schwarzen durch sozialistische Revolution! ■

Veranstaltung der TLD



Wir stoppten den Ku Klux Klan!

Videofilm über die von der Spartacist League/U.S. initiierte Aktion am 27. 11. 1982, anschließend Diskussion, Eintritt 3,- DM

Westberlin: Freitag, 18. 3. 1983, 19.00 Uhr
Mehringhof, Gneisenaustr. 2, Aufgang 3, 1. Stock

Kontakt: 030/882 11 75

A Spartacist Pamphlet 25¢

Black History and the Class Struggle

1,- DM

A Spartacist Pamphlet \$100

American Workers Revolution Needs Black Leadership

2,50 DM

Für die Schmiedung einer revolutionären schwarzen Führung im Kampf der schwarzen und weißen Arbeiter um die Macht des Proletariats

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47,
6000 Frankfurt 1
Postscheckkonto
Ffm 119 88 - 601
(Verlag Avantgarde)

SPARTAKIST

Spartacist League mobilisiert 5000 Arbeiter/Schwarze



Workers Vanguard

Wir stoppten den Klan!

Washington, 27. November – Über 5000 Demonstranten, vorwiegend Schwarze und viele von ihnen Gewerkschafter, verjagten den faschistischen Ku Klux Klan aus der Stadt. Die rassistische Mörderbande hatte angekündigt, daß sie in ihren weißen Roben und Kapuzen zum Weißen Haus marschieren wollte. Sie wollte ihr grausiges Schauspiel von 1925 wiederholen, als 40 000 Klanmänner dort ihre Parade abhielten. Reagan, dessen Kandidatur vom Ku Klux Klan unterstützt wurde, war entschlossen, diese offene Provokation gegen die zu 75 Prozent schwarze Bevölkerung Washingtons zu schützen. Aber der Klan marschierte nicht und zog nicht einmal seine Roben an! Stattdessen blockierten Tausende Demonstranten den Versammlungsort der Faschisten, so daß der Klan unter Polizeischutz klammheimlich aus

der Stadt verschwinden mußte – ein historischer Sieg für alle anständigen arbeitenden Menschen, vor allem für Schwarze.

Die *Labor/Black Mobilization to Stop the Klan November 27* (Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung, um den Klan zu stoppen) wurde von unseren Genossen der Spartacist League/U.S. (SL/U.S.) initiiert, nachdem in Diskussionen mit Gewerkschaftern aus der Region die gemeinsame Entschlossenheit deutlich geworden war, den Aufmarsch der rassistischen Lynchmörder in der amerikanischen Hauptstadt durch eine proletarische Massenmobilisierung mit allen Mitteln zu verhindern. In dem Flugblatt, von dem 250 000 Exemplare verteilt wurden, hieß es:

„... wenn wir sie (den Klan) nicht hier und jetzt stoppen, werden anständige Menschen das weiterhin mit dem Leben bezahlen. Wir

wollen eine massive Gegendemonstration gegen diese Terroristen, *genau an der Stelle, wo sie sagen, daß sie ihren Marsch beginnen wollen...*

Der Ku Klux Klan ist der nackte Ausdruck dessen, was die Rassisten im Weißen Haus, im Kongreß und in der Stadtverwaltung denken und fühlen. Der Klan führt es mit häßlichen Worten und blutigen Taten durch...

Aber der Ku Klux Klan sollte sich besser hinter die Ohren schreiben, daß Washington nicht Klantown ist. Diese Stadt ist vor allem von Schwarzen bewohnt, die genau wissen, was der Klan ist. Viele Familien hier haben selbst den Terror der Lynchmörder erlebt... Im Umkreis von Washington gibt es mächtige integrierte Gewerkschaften, deren Mitglieder – schwer getroffen von Lohnraub, Antigewerkschaftskampagnen und Massenar-

beitslosigkeit – genau wissen, daß diese Rassisten in ihren weißen Roben, die die Arbeiterbewegung hassen, ihnen den Garaus machen wollen.

Wir brauchen keinen impotenten Protest, der darauf hinaus läuft, Politiker der Demokratischen Partei auf Knien zu bitten, die Reagan-Reaktion zu bekämpfen. Wir müssen vor allem die Macht der Arbeiter und Schwarzen mobilisieren, damit sie unabhängig und in ihrem eigenen Interesse kämpfen...

Amerika muß den Bürgerkrieg zu Ende führen. Der Klan wurde gegründet, um die politischen Rechte der Schwarzen zu beseitigen (die sie nach der Niederlage der Südstaaten im amerikanischen Bürgerkrieg gewonnen hatten). Es war der gewalttätige Arm der Reaktion, der die gerade befreiten Schwarzen und eine junge Arbeiterklasse der meisten ihrer Rechte beraubte. Inzwischen haben sich die USA zu einer imperialistischen Weltmacht entwickelt, die die soziale Revolution verhindern will – von El Salvador bis Südafrika. Der Ku Klux Klan möchte Amerika ans Kreuz nageln, mit den Nägeln im Fleisch der Schwarzen! Die Schutzherrn des Ku Klux Klan im Weißen Haus möchten diese Kreuzi-

Fortgesetzt auf Seite 11

Schluß mit der Treibjagd auf Ausländer!

Weg mit dem Verbot von Dev Sol und Halk Der!

In einer Nacht- und Nebelaktion besetzte die Polizei am 9. Februar in mehreren Bundesländern alle Büros von Devrimçi Sol (Revolutionäre Linke) und Halk Der (Volkverein), nachdem CSU-Innenminister Friedrich Zimmermann die beiden linken türkischen Organisationen am 27. Januar für verboten und aufgelöst erklärt hatte. Der Polizeibericht erfolgte am gleichen Tag, als die türkische Mörderjunta 68 als Dev Sol-Mitglieder verdächtige Linke in Istanbul festnahm und keine zehn Tage nach dem Besuch des türkischen Außenministers İtler Türkmens in Bonn. Zimmermann nahm in der Begründung für seine Terroraktion kein Blatt vor den Mund. „Sicherheitsgefährdende Tätig-

keiten“ von Organisationen wie Dev Sol richteten „sich zunehmend gegen Bestandteile deutscher Politik...: gegen die Bundesrepublik als Nato-Partner der Türkei, gegen die deutsche Militär- und Wirtschaftshilfe für Ankara sowie gegen die Ausländerpolitik“ (*Süddeutsche Zeitung*, 10. Februar). **Weg mit dem Verbot! Verteidigt Dev Sol und Halk Der durch Klassenaktion! Ein Angriff auf einen ist ein Angriff gegen alle!**

Diese Attacke auf das Organisationsrecht der Arbeiterklasse muß durch die Mobilisierung der Linken und Gewerkschaftsbewegung zurückgeschlagen werden! Zimmermann glaubt, sich mit der guevaristischen Dev Sol das schwächste Glied herausgegrif-

fen zu haben. Die Besetzung des türkischen Generalkonsulats in Köln im November letzten Jahres mußte mit als Verbotgrund herhalten. Aber die Verbotsaktion soll nur der Auftakt für eine allgemeine Treibjagd auf ausländische Linke und Arbeiter sein.

Konfrontiert mit der schwersten Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren und mit den mächtigsten Mobilisierungen des Proletariats seit 1952, stellt die Bourgeoisie die ausländischen Arbeiter als Sündenbock hin, sie sollen als erste dran glauben. In Koordination mit Evrens Mörderjunta wollen die deutschen Imperialisten die türkische Linke kriminalisieren und, in die Folterkeller der

Fortgesetzt auf Seite 11

Dringend! Spendet Geld!

Die *Labor/Black Mobilization to Stop the KKK in Washington D.C. November 27* hatte hohe Ausgaben: Druckkosten für mehr als 200 000 Flugblätter und Tausende von Plakaten, Busse, Lautsprecheranlage, Telefon, Anwaltskosten. Große Siege kosten viel Geld. Deshalb braucht das Komitee Geld und das schnell. Schickt einen dicken Scheck an:
Labor/Black Mobilization, 210 7th St. S.E., Suite E 12, Washington, D.C. 20003, USA
oder Postscheckkonto Ffm 11988-601 (Verlag Avantgarde GmbH) Kennwort: Washington 27. November.